

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Peter Hürner, Hans Kohler,
Herbert Kridde, Lutz Reyher, Eugen Spitznagel, Ragna Zeit-Wolfrum

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland
1977 (insgesamt und regional) und die Auswirkungen
arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

10. Jg./1977

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1977 (insgesamt und regional) und die Auswirkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Autorengemeinschaft*)

Erwartungsgemäß hat der konjunkturelle Aufschwung im Jahre 1976 das Niveau der Arbeitslosigkeit noch kaum gesenkt. Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens blieb weiterhin niedrig. Die Entwicklung im Verlauf des vergangenen Jahres zeigt ein etwas günstigeres Bild: Die Beschäftigtenzahl hat zum Jahresende hin den Vorjahresstand wenigstens wieder erreicht, und die Zahl der Arbeitslosen liegt um 11 % niedriger als im Jahr zuvor.

Dennoch sind die Perspektiven für die Arbeitsmarktentwicklung im laufenden Jahr nicht nennenswert besser als vor Jahresfrist, denn überwiegend wird mit einer Abflachung des konjunkturellen Aufschwungs gerechnet. Konkret reicht die Bandbreite der Einschätzungen des Sozialproduktwachstums im Jahre 1977 von 3 bis 6 %. Risiken und Chancen dieses Spektrums für den Arbeitsmarkt werden in einem „Alternativentableau 1977“ verdeutlicht.

Im Mittelpunkt der Vorausschau steht die — nach neuesten Einschätzungen vergleichsweise optimistische — Variante, die ein wirtschaftliches Wachstumstempo von real 5 % zugrunde legt. Bei einer derartigen Wirtschaftsentwicklung wäre für den Arbeitsmarkt mit folgender Konstellation zu rechnen:

- Das deutsche Erwerbspersonenpotential steigt 1977 gegenüber dem Vorjahr um rund 40000 auf 24,6 Millionen an. Das ausländische Erwerbspersonenpotential würde 1977 insgesamt um gut 100 000 Personen abnehmen. Dies ist auf die weitere (Netto-)Rückwanderung ausländischer Erwerbspersonen und auf den Rückgang der Potentialerwerbsquote zurückzuführen.
- Ähnlich wie im vorigen Jahr würde die gesamtwirtschaftliche Produktivität (je geleisteter Arbeitsstunde) fast im gleichen Maße zunehmen wie die gesamtwirtschaftliche Produktion von Gütern und Diensten (+ 4,5 %). Im Zuge der Rezession gebildete Produktivitätsreserven dürften damit weitgehend abgebaut sein.
- Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen würde 1977 somit wie im Vorjahr nur geringfügig expandieren. Bei einer leicht abnehmenden durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit ist dann anzunehmen, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften 1977 um + 0,7 % (+170 000 Personen) über dem Vorjahr liegt. Bei den deutschen Erwerbstätigen dürfte der Zuwachs mit + 240 000 stärker ausgeprägt sein als insgesamt, denn bei unverändertem Anwerbstoppp wird die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen auch 1977 zurückgehen (um — 70 000).
- Die Zahl der registrierten Arbeitslosen insgesamt würde ca. 900 000 Personen (180 000 weniger als im Vorjahr) betragen, die Stille Reserve etwa 550 000 Personen (— 65 000). Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens wäre mit voraussichtlich 93 % noch weitaus niedriger als in früheren, konjunkturell besseren Jahren.

Bei einer schwächeren Zunahme des realen Sozialprodukts (z. B. um nur 3 %) würde die Nachfrage nach Arbeitskräften voraussichtlich auf dem Niveau von 1976 verharren. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte dann im Jahresdurchschnitt 1977 kaum unter die Millionengrenze sinken. Mit einem Abbau der Stillen Reserve wäre nicht zu rechnen.

Bei einer Wirtschaftswachstumsrate zwischen 3 und 5 % wäre entsprechend mit einer Arbeitsmarktentwicklung innerhalb der hier aufgezeigten Bandbreite zu rechnen, bei einer Wachstumsrate von 6 % ginge die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich auf etwa 800 000 im Jahresdurchschnitt 1977 zurück.

Unter der Annahme, daß die für 1977 vorgesehenen Mittel für Kurzarbeit, Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung (FuU) voll ausgeschöpft werden, ist diesen Instrumenten insgesamt eine Entlastungswirkung hinsichtlich der Arbeitslosenzahl von rund 175 000 Personen (im Vorjahr 213 000 Personen) zuzurechnen. Ohne diese Maßnahmen wäre eine entsprechend höhere Arbeitslosenzahl zu erwarten.

Die Untersuchung wurde im IAB durchgeführt.

Gliederung

- | | |
|--|---|
| 1. Einleitung | 2.4 Die Auslastung des potentiellen Arbeitsvolumens |
| 2. Die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1977 | 2.5 Alternative Arbeitsmarktentwicklungen |
| 2.1 Das Angebot an Arbeitskräften | 3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen |
| 2.2 Die Nachfrage nach Arbeitskräften | 3.1 Der Entlastungseffekt arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen 1973—1977 |
| 2.3 Die Arbeitsmarktbilanz | 3.2 Zur Beeinflussung der Struktur der Arbeitslosen |
| | 3.3 Zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen |
| | 4. Die Arbeitsmarktentwicklung nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern |

*) Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Peter Hürner, Hans Kohler, Herbert Kridde, Lutz Reyher, Eugen Spitznagel, Ragna Zeit-Wolfrum.
Redaktionsschluß: 20. 12. 76.

1. Einleitung

Erwartungsgemäß hat der konjunkturelle Aufschwung im Jahre 1976 das Niveau der Arbeitslosigkeit noch kaum gesenkt. Der Auslastungsgrad des Arbeitspotentials blieb weiterhin niedrig, das Beschäftigungsziel ist also noch immer stark verletzt¹⁾. Immerhin zeigt die *Entwicklung* im Verlaufe des vergangenen Jahres ein etwas günstigeres Bild: Die Beschäftigtenzahl hat zum Jahresende den Vorjahresstand wenigstens wieder erreicht, die Zahl der Arbeitslosen liegt um rund ein Zehntel niedriger als ein Jahr davor.

Dennoch sind die Perspektiven für die Arbeitsmarktentwicklung im laufenden Jahr nicht nennenswert besser als vor Jahresfrist. Bei aller Unsicherheit hinsichtlich des Ausmaßes: Einigkeit herrscht über eine erneute Abflachung des wirtschaftlichen Wachstumstempos. Zum Teil resultiert sie aus dem allgemeinen Nachlassen der Auftriebskräfte in den Industrieländern insgesamt, also aus der erneuten Verlangsamung der Expansion des realen Welthandelsvolumens. Daneben bleibt aber auch die Entwicklung der Binnennachfrage bei allen Nachfrageaggregaten hinter den Erfordernissen zurück.

Konkret reicht die Bandbreite der Einschätzungen des gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempos gegenwärtig von 3—6 %. Um die Risiken und Chancen zu verdeutlichen, die dieses Spektrum für den Arbeitsmarkt enthält, haben wir das in Abschnitt 2.5 aufgeführte „Alternativentableau 1977“ geschätzt. Im Mittelpunkt der vorliegenden Vorausschau steht die Variante, die von einem Wachstumstempo von real 5 % ausgeht. Sie deckt sich etwa mit dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats und der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute²⁾. Im Hinblick auf jüngste, eher zurückhaltende Einschätzungen des Wirtschaftswachstums muß dies allerdings schon als eine recht optimistische Variante angesehen werden.

Selbst für diesen Fall ist jedoch kein Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt zu erhoffen. Fällt die Entwicklung günstiger aus, dann ergibt sich auch für den Arbeitsmarkt — zumindest in der zweiten Jahreshälfte 1977 — ein etwas freundlicheres Bild. Nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dagegen spürbar schwächer zu — und derart pessimistischere Prognosen werden gegenwärtig auch erstellt³⁾ — dann eröffnen sich sehr dürre Perspektiven

¹⁾ Vgl. auch Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1976/77, Ziff. 274.

²⁾ Vgl. Jahresgutachten 1976/77, Ziff. 269 und Ziff. 458 ff.; vgl. Gemeinschaftsdiagnose der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1976, in: DIW-Wochenbericht 43/44, 1976, S. 401.

³⁾ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose, Minderheitsvotum des RWI, sowie: OECD-Bericht zur Wirtschaftslage.

⁴⁾ Vgl. Klauder, Wolfgang, Peter Schnur, Mögliche Auswirkungen der letzten Rezession auf die Arbeitsmarktentwicklung bis 1990. Modellrechnung nach 26 Sektoren und globale Arbeitsmarktbilanz unter alternativen Annahmen, in: MittAB 3/1976.

⁵⁾ Vgl. Abschnitt 3.1

⁶⁾ Vgl. Bierter, W., H. E. Grundmann, D. Schröder, I. Weidig: Potentielle strukturelle Ungleichgewichte zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990. Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Basel, August 1976 (unveröffentlicht) und Mertens, Dieter, Lutz Reyher, „Zum Beschäftigungsproblem in den nächsten Jahren“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1977. Der Erfolg beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Schweden beruht z. B. weitgehend darauf, daß — anders als bei uns — die bislang eingeplante Beschäftigungsexpansion im staatlichen Bereich trotz Rezession durchgehalten wurde. Vgl. Freiburghaus, Dieter, Günther Schmid, Arbeitsmarktpolitik in Schweden — Modell für Deutschland?, in: WSI-Mitteilungen 2/1977.

⁷⁾ Vgl. Jahresgutachten 1976/77, Ziff. 92.

⁸⁾ Vgl. Autorengeheimnis: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1975/76 (insgesamt und regional) und die Auswirkungen beschäftigungspolitischer Maßnahmen, in: MittAB 1/1976, S. 48.

⁹⁾ Vgl. Regierungserklärung vom 16. 12. 1976.

Dies gilt nicht nur für das eben begonnene Jahr. Die starke Unterauslastung des Potentials und der nun von Jahr zu Jahr immer spürbarer zu Buche schlagende Anstieg des inländischen Erwerbspersonenpotentials erfordern auf Jahre hinaus ein anhaltend kräftiges Produktionswachstum in der Größenordnung von 6 % pro Jahr, wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bereits im vorletzten Jahresgutachten erörtert hatte und jüngste Berechnungen des IAB ebenfalls detailliert belegen⁴⁾.

Hinzu kommt die zunehmende „Strukturalisierung“ der Arbeitslosen: Je andauernder die Arbeitslosigkeit in der jetzigen Größenordnung ist, desto größer wird der durch den zweifachen Auslese- und Umschichtungsprozess bei Einstellungen wie bei Entlassungen bedingte „harte Kern“ von Arbeitslosen mit unterdurchschnittlichen Wiedereingliederungschancen. Mit anderen Worten: Je länger die Lösung des Beschäftigungsproblems aufgeschoben wird, desto mehr wandelt sich das ursprünglich konjunkturelle Problem von selbst in ein strukturelles, desto schwieriger wird es zu lösen sein. Schon jetzt sind über 40 % der Arbeitslosen länger als ein halbes Jahr ohne Beschäftigung.

Diese Konstellation zwingt — auch im Interesse einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen und quasi öffentlichen Haushalte — zu vermehrten beschäftigungspolitischen Anstrengungen. Im Kern ist dabei zu denken an eine Forcierung beschäftigungspolitischer Programme, wie sie von Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit vor allem im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereits mit sichtlichem Erfolg praktiziert worden sind⁵⁾.

Wünschenswert wäre dabei eine noch stärkere Orientierung an dem zu erwartenden langfristigen Wandel der Nachfrage- und Beschäftigungsstruktur, also die verstärkte Förderung dauerhafter öffentlicher und auch privater Dienstleistungsfunktionen⁶⁾.

Die Kosten derartiger Beschäftigungsprogramme sind — auch darauf hat der Sachverständigenrat jüngst erneut hingewiesen⁷⁾ — für die öffentliche Hand *insgesamt* gesehen eher geringer als die der Arbeitslosigkeit, wie im einzelnen auch an dieser Stelle bereits aufgezeigt worden ist⁸⁾.

Bedenklich ist schließlich angesichts der gegenwärtigen Entwicklungstendenz und der mittelfristigen Perspektiven der Rückgang der Beteiligung an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung. Hier wäre im Gegenteil eine stark antizyklische Entwicklung wie etwa in Schweden zu wünschen. Damit zugleich langfristig einem der zentralen Risiken, dem der Unterqualifizierung, entgegengewirkt werden⁹⁾.

Steht diesen Maßnahmen zu vieles entgegen oder reichen sie nicht aus — und rein prognostisch ist dies sehr wahrscheinlich —, so sind arbeitszeiteinschränkende Maßnahmen wieder stärker in Erwägung zu ziehen, wie sie in Form der Kurzarbeit, des Überstundenabbaus, der Verlängerung der Schulbildungszeit, der Vorziehung des Altersruhegeldes und des Stellenplansplittings (Teilzeitarbeit) bereits in den letzten Jahren einen gewissen Beitrag zur Entspannung der Situation geleistet haben.

2. Die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1977

2.1 Das Angebot an Arbeitskräften

Für das Jahr 1977 ist gegenüber dem Vorjahr mit einem Zuwachs der deutschen Einwohner im Alter von mehr

als 14 Jahren von rund 250000 Personen (+ 0,6%) zu rechnen¹⁰). Das *deutsche Erwerbspersonenpotential* steigt 1977 gegenüber dem Vorjahr um rund 40 000 auf 24,6 Mio. Personen an¹¹). Der Anstieg fällt deshalb nicht höher aus, weil die Potentialerwerbsquote¹²) weiterhin abnimmt (— 0,20 %-Punkte auf 53,38 %).

Ausschlaggebend hierfür sind die weiter zunehmende Verlängerung der Bildungsdauer und die trendmäßige Abnahme der Alterserwerbstätigkeit. Gegenläufig wirkt die Zunahme der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen vor allem in den mittleren Altersjahrgängen (*Trend und institutionelle Komponente als Saldo* dieser Effekte: — 0,27%-Punkte).

Auch die Veränderungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur der deutschen Wohnbevölkerung wirken — in den folgenden Jahren verstärkt — positiv auf die Entwicklung der Potentialerwerbsquote ein (*demographische Komponente 1977*: + 0,07%-Punkte)¹⁸).

Das *Angebot an ausländischen Arbeitskräften* wird unter den weiterhin geltenden Bedingungen des Anwerbestopps weitgehend auf die bereits in der Bundesrepublik lebenden Ausländer begrenzt¹⁴). Mit der seit Herbst 1974 geltenden strengeren Handhabung der bestehenden Regelungen zur Arbeitsaufnahme (für die der Arbeitserlaubnispflicht unterliegenden Ausländer) soll den ausländischen Arbeitslosen darüber hinaus die Wiederaufnahme einer Beschäftigung erschwert und damit ihre Rückwanderung beschleunigt werden.

Wie bereits vor einem Jahr an dieser Stelle dargelegt wurde¹⁵), sind präzise Quantifizierungen des Angebots an ausländischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik wegen unzureichender Informationen nur bedingt möglich. Die vorliegenden Statistiken erlauben zwar Aussagen über die Zahl der beschäftigten und arbeitslos registrierten Ausländer, nicht jedoch über die Gesamtzahl derjenigen, die bei besseren (normalen) Arbeitsmarktverhältnissen und ohne rechtliche Beschränkungen (für die Arbeitsaufnahme von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern) eine Arbeit aufnehmen würden.

¹⁰) Den Berechnungen liegt die neueste Bevölkerungsschätzung des Statistischen Bundesamtes zugrunde, die auch die Wanderungsbewegungen (einschließlich Spätaussiedler) berücksichtigt.

¹¹) Vgl. Tabelle I im Anhang.

¹²) Deutsche Erwerbspersonen bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren.

¹³) Vgl. Tabelle 2 im Anhang. In den folgenden Jahren ist vor allem aus demographischen Gründen mit einem stärkeren Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials zu rechnen. Vgl. Kühlewind, G., M. Thon, „Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1975—1990“, in: MittAB 2/1976.

¹⁴) Zunahmen sind gegenwärtig nur aufgrund der weiterhin möglichen Familienzusammenführung, durch Heranwachsen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Jugendlichen und durch weitere Zuwanderung aus den Staaten der EG möglich.

¹⁵) Vgl. Autorengruppe, „Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1975/76 . . .“, in: MittAB 1/1976, S. 52 f.

¹⁶) Bezogen auf die Wohnbevölkerung über 14 Jahre. Bei den damaligen Arbeitsmarktverhältnissen konnte die effektive mit der potentiellen Erwerbsquote gleichgesetzt werden.

Den folgenden Berechnungen liegen Zahlen über ausländische Arbeitnehmer aus der Beschäftigtenstatistik bis März 1976 und bis Mitte 1976 reichende Informationen vom Statistischen Bundesamt über die Entwicklung der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik zugrunde. Sie beziehen sich auf alle in der Bundesrepublik lebenden Ausländer (d. h. sowohl aus den sog. „Anwerbeländern“ als auch aus den übrigen Ländern) und lassen die in den Heimatländern verbliebenen Angehörigen außer Betracht.

¹⁷) Da Aufgliederungen der ausländischen Wohnbevölkerung nach Alter und Geschlecht nur bis 1974 vorliegen, kann es sich hier lediglich um einen ersten groben Versuch handeln, eine „demographische Komponente“ auch bei Ausländern zu errechnen.

¹⁸) Hierzu fehlen bislang weiter empirische Anhaltspunkte.

¹⁹) Diese sehr zurückhaltende Potentialschätzung bedeutet, daß die in Übersicht 2 ausgewiesenen Stillen Reserven bei Ausländern eher als Untergrenze aufzufassen sind.

²⁰) Da die Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge von Erwerbspersonen nur unzureichend Auskunft gibt, handelt es sich hier um eine Schätzung, die im wesentlichen aus der Schätzung der Potentialerwerbsquote bei Ausländern folgt.

Beim Versuch, dieses Erwerbspersonenpotential der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zumindest grob abzuschätzen, wurde — bewußt vorsichtig — zunächst vom Minimum der effektiven Erwerbsquote der Ausländer in der Bundesrepublik vor Einführung der Restriktionen im Hinblick auf eine Arbeitsaufnahme ausgegangen (rund 80 % Anfang der 60er Jahre)¹⁶). Veränderungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung (vor allem zunehmender Frauenanteil) bewirken ein jährliches Absinken der Erwerbsquote um etwa 1/3%-Punkt¹⁷). Außerdem dürfte sich mit zunehmender „Konsolidierung“ der Ausländerbeschäftigung durch längere Aufenthaltsdauer und Familienzusammenführung eine gewisse graduelle Annäherung der Erwerbsneigung an die der deutschen Wohnbevölkerung ergeben¹⁸).

Demzufolge wird in Tabelle I (Anhang) 1977 ein weiterer Rückgang der Potentialerwerbsquote der Ausländer gegenüber dem Vorjahr um rund 1 %-Punkt auf 76½% unterstellt¹⁹).

Das ausländische Erwerbspersonenpotential wird 1977 insgesamt um rund 110000 Personen abnehmen: die Netto-Rückwanderung von ausländischen Erwerbspersonen wird sich — wenn auch gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt — fortsetzen (als Saldo von Zuzügen, Fortzügen und dem Zuwachs an über 14jährigen Jugendlichen aus eigenem Nachwuchs 1977 — 85 000)²⁰), der Rückgang der Potentialerwerbsquote bedeutet einen weiteren Rückgang um 25 000 Personen.

2.2 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Die Hauptvariante unserer Schätzung der Arbeitskräftenachfrage beruht auf der Annahme, daß das reale Sozialprodukt 1977 um 5 % wachsen wird. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität (je geleisteter Arbeitsstunde) würde dabei um 4,5 %, also — ähnlich wie im vorigen Jahr — fast im gleichen Maße zunehmen wie die gesamtwirtschaftliche Produktion von Gütern und Diensten. (Übersicht 1).

Damit läge die durchschnittliche Produktivität 1977 nur noch geringfügig unter ihrem mittelfristigen Entwick-

Übersicht 1:
Entstehung des realen Sozialprodukts — Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —

Merkmal	1970	1971	1972	1973	1974	1975 ¹⁾	1976 ²⁾	1977 ³⁾
	2	3	4	5	6	7	8	9
Tägliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	—0,9	—1,0	—1,5	—1,6	—1,6	—2,0	+0,7	±0,0
Arbeitstage — Effekt	+0,2	+0,2	—0,2	—0,1	—0,2	+0,1	+0,8	—0,3
Jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	—0,7	—0,8	—1,7	—1,7	—1,8	—1,9	+1,5	—0,3
Zahl der Erwerbstätigen	+1,3	+0,3	—0,2	+0,3	—1,9	—3,3	—1,0	+0,7
Arbeitsvolumen	+0,6	—0,5	—1,9	—1,5	—3,6	—5,1	+0,4	+0,4
Produktivität je Erwerbstätigenstunde	+5,3	+3,4	+5,4	+6,7	+4,5	+2,0	+5	+4½
je Erwerbstätigen	+4,6	+2,6	+3,6	+4,8	+2,6	+0,0	+7	+4½
Bruttoinlandsprodukt, real⁴⁾	+5,9	+2,9	+3,4	+5,1	+0,7	—3,3	+5½	+5

¹⁾ Vorläufig — ²⁾ Schätzung — ³⁾ In Preisen von 1962

Quelle: Statistisches Bundesamt; Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1976/77; eigene Berechnungen

Übersicht 2:
„Arbeitskräftebilanz“ (Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials, der Erwerbstätigen und der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen) von 1973—1977 nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungs-
ortskonzept)

Halbjahres- bzw. Jahresdurch- schnitt	Erwerbspersonenpotential			davon									Nichtbeschäftigte Erwerbspersonen			davon						
				Erwerbstätige			davon									Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve			
							Selbständige und mithelfende Familienangehörige			Arbeitnehmer												
	Ins- gesamt	Deutsche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deutsche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deutsche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deutsche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deutsche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deutsche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deutsche	Aus- länder	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
— Personen in 1000 —																						
1973	1. Halbj.	27 011	24 509	2 502	26 582	24 096	2 486	4 154	4 098	56	22 428	19 998	2 430	429	413	16	280	264	16	149	149	—
	2. Halbj.	27 156	24 508	2 648	26 736	24 114	2 622	4 142	4 086	56	22 594	20 028	2 566	420	394	26	267	241	26	153	153	—
	Jahr	27 083	24 508	2 575	26 659	24 105	2 554	4 148	4 092	56	22 511	20 013	2 498	424	403	21	273	252	21	151	151	—
1974	1. Halbj.	26 971	24 356	2 615	26 287	23 733	2 554	4 089	4 033	56	22 198	19 700	2 498	684	623	61	541	480	61	143	143	—
	2. Halbj.	26 934	24 443	2 491	26 041	23 721	2 320	4 037	3 981	56	22 004	19 740	2 264	893	722	171	624	547	77	269	175	94
	Jahr	26 952	24 399	2 553	26 164	23 727	2 437	4 063	4 007	56	22 101	19 720	2 381	788	672	116	582	513	69	206	159	47
1975	1. Halbj.	26 863	24 379	2 484	25 367	23 210	2 157	3 963	3 907	56	21 404	19 303	2 101	1 496	1 169	327	1 088	922	166	408	247	161
	2. Halbj.	26 797	24 401	2 396	25 239	23 163	2 076	3 897	3 841	56	21 342	19 322	2 020	1 558	1 238	320	1 060	923	137	498	315	183
	Jahr	26 830	24 390	2 440	25 303	23 186	2 117	3 930	3 874	56	21 373	19 312	2 061	1 527	1 204	323	1 074	923	151	453	281	172
1976	1. Halbj. ¹⁾	26 744	24 430	2 314	24 973	22 972	2 001	3 839	3 783	56	21 134	19 189	1 945	1 771	1 458	313	1 168	1 039	129	603	419	184
	2. Halbj. ²⁾	26 684	24 441	2 243	25 107	23 128	1 979	3 811	3 755	56	21 296	19 373	1 923	1 577	1 313	264	952	868	84	625	445	180
	Jahr ²⁾	26 714	24 436	2 278	25 040	23 050	1 990	3 825	3 769	56	21 215	19 281	1 934	1 674	1 386	188	1 060	954	106	614	432	182
1977	Jahr ²⁾	26 640	24 475	2 165	25 210	23 290	1 920	3 738	3 682	56	21 472	19 608	1 864	1 430	1 185	245	880	800	80	550	385	165
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in 1000 —																						
1973	1. Halbj.	+ 120	— 80	+ 200	+ 107	— 97	+ 204	— 96	— 97	+ 1	+ 203	± 0	+ 203	+ 13	+ 17	— 4	± 0	+ 4	— 4	+ 13	+ 13	—
	2. Halbj.	+ 82	— 155	+ 237	+ 26	— 199	+ 225	— 48	— 49	+ 1	+ 74	— 150	+ 224	+ 56	+ 44	+ 12	+ 55	+ 43	+ 12	+ 1	+ 1	—
	Jahr	+ 101	— 117	+ 218	+ 67	— 147	+ 214	— 72	— 73	+ 1	+ 139	— 74	+ 213	+ 34	+ 30	+ 4	+ 27	+ 23	+ 4	+ 7	+ 7	—
1974	1. Halbj.	— 40	— 153	+ 113	— 295	— 363	+ 68	— 65	— 65	± 0	— 230	— 254	+ 24	+ 255	+ 210	+ 45	+ 261	+ 216	+ 45	— 6	— 6	—
	2. Halbj.	— 222	— 65	— 157	— 695	— 393	— 302	— 105	— 105	± 0	— 590	— 288	— 302	+ 473	+ 328	+ 145	+ 357	+ 306	+ 51	+ 116	+ 22	+ 94
	Jahr	— 131	— 109	— 22	— 495	— 378	— 117	— 85	— 85	± 0	— 410	— 271	— 139	+ 364	+ 269	+ 95	+ 309	+ 261	+ 48	+ 55	+ 8	+ 47
1975	1. Halbj.	— 108	+ 23	— 131	— 920	— 523	— 397	— 126	— 126	± 0	— 794	— 397	— 397	+ 812	+ 546	+ 266	+ 547	+ 442	+ 105	+ 265	+ 104	+ 161
	2. Halbj.	— 137	— 42	— 95	— 802	— 558	— 244	— 140	— 140	± 0	— 662	— 418	— 244	+ 665	+ 516	+ 149	+ 436	+ 376	+ 60	+ 229	+ 140	+ 89
	Jahr	— 122	— 9	— 113	— 861	— 541	— 320	— 133	— 133	± 0	— 728	— 408	— 320	+ 739	+ 532	+ 207	+ 492	+ 410	+ 82	+ 247	+ 122	+ 125
1976	1. Halbj. ¹⁾	— 119	+ 51	— 170	— 394	— 238	— 156	— 124	— 124	± 0	— 270	— 114	— 156	+ 275	+ 289	— 14	+ 80	+ 117	— 37	+ 195	+ 172	+ 23
	2. Halbj. ²⁾	— 113	+ 40	— 153	— 132	— 35	— 97	— 86	— 86	± 0	— 46	+ 51	— 97	+ 19	+ 75	— 56	— 108	— 55	— 53	+ 127	+ 130	— 3
	Jahr ²⁾	— 116	+ 46	— 162	— 263	— 136	— 127	— 105	— 109	± 0	— 158	— 31	— 127	+ 147	+ 182	— 35	— 14	+ 31	— 45	+ 161	+ 151	+ 10
1977	Jahr ²⁾	— 74	+ 39	— 113	+ 170	+ 240	— 70	— 87	— 87	± 0	+ 257	+ 327	— 70	— 244	— 201	— 43	— 180	— 154	— 26	— 64	— 47	— 17
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % —																						
1973	1. Halbj.	+ 0,4	— 0,3	+ 8,7	+ 0,4	— 0,4	+ 8,9	— 2,3	— 2,3	+ 1,8	+ 0,9	± 0,0	+ 9,1	+ 3,1	+ 4,3	— 20,0	± 0,0	+ 1,5	— 20,0	+ 9,6	+ 9,6	—
	2. Halbj.	+ 0,3	— 0,6	+ 9,8	+ 0,1	— 0,8	+ 9,4	— 1,1	— 1,2	+ 1,8	+ 0,3	— 0,7	+ 9,6	+ 15,4	+ 12,6	+ 85,7	+ 25,9	+ 21,7	+ 85,7	+ 0,7	+ 0,7	—
	Jahr	+ 0,4	— 0,5	+ 9,2	+ 0,3	— 0,6	+ 9,1	— 1,7	— 1,8	+ 1,8	+ 0,6	— 0,4	+ 9,3	+ 8,7	+ 8,0	+ 23,5	+ 11,0	+ 10,0	+ 23,5	+ 4,9	+ 4,9	—
1974	1. Halbj.	— 0,1	— 0,6	+ 4,5	— 1,1	— 1,5	+ 2,1	— 1,6	— 1,6	± 0,0	— 1,0	— 1,5	+ 2,8	+ 59,4	+ 50,8	+ 281,3	+ 93,2	+ 81,8	+ 281,3	— 4,0	— 4,0	—
	2. Halbj.	— 0,8	— 0,3	— 5,9	— 2,6	— 1,6	— 11,5	— 2,5	— 2,6	± 0,0	— 2,6	— 1,4	— 11,8	+ 112,6	+ 83,2	+ 557,7	+ 133,7	+ 127,0	+ 196,2	+ 75,8	+ 14,4	—
	Jahr	— 0,5	— 0,4	— 0,9	— 1,9	— 1,6	— 4,6	— 2,0	— 2,1	± 0,0	— 1,8	— 1,5	— 4,7	+ 85,8	+ 66,7	+ 452,4	+ 113,2	+ 103,6	+ 228,6	+ 36,4	+ 5,3	—
1975	1. Halbj.	— 0,4	+ 0,1	— 5,0	— 3,5	— 2,2	— 15,5	— 3,1	— 3,1	± 0,0	— 3,6	— 2,0	— 15,9	+ 118,7	+ 87,6	+ 436,1	+ 101,1	+ 92,1	+ 172,1	+ 185,3	+ 72,7	—
	2. Halbj.	— 0,5	— 0,2	— 3,8	— 3,1	— 2,4	— 10,5	— 3,5	— 3,5	± 0,0	— 3,0	— 2,1	— 10,8	+ 74,5	+ 71,5	+ 87,1	+ 69,9	+ 68,7	+ 77,9	+ 85,1	+ 80,0	+ 94,7
	Jahr	— 0,5	± 0,0	— 4,4	— 3,3	— 2,3	— 13,1	— 3,3	— 3,3	± 0,0	— 3,3	— 2,1	— 13,4	+ 93,8	+ 79,2	+ 178,4	+ 84,5	+ 79,9	+ 118,8	+ 119,9	+ 76,7	+ 266,0
1976	1. Halbj. ¹⁾	— 0,4	+ 0,2	— 6,8	— 1,6	— 1,0	— 7,2	— 3,1	— 3,2	± 0,0	— 1,3	— 0,6	— 7,4	+ 18,4	+ 24,7	— 4,3	+ 7,4	+ 12,7	— 22,3	+ 47,8	+ 69,6	+ 14,3
	2. Halbj. ²⁾	— 0,4	+ 0,2	— 6,4	— 0,5	— 0,2	— 4,7	— 2,2	— 2,2	± 0,0	— 0,2	+ 0,3	— 4,8	+ 1,2	+ 6,1	— 17,5	— 10,2	— 6,0	— 38,7	+ 25,5	+ 41,3	— 1,6
	Jahr ²⁾	— 0,4	+ 0,2	— 6,6	— 1,0	— 0,6	— 6,0	— 2,7	— 2,7	± 0,0	— 0,7	— 0,2	— 6,2	+ 9,6	+ 15,1	— 10,8	— 1,3	+ 3,4	— 29,8	+ 35,5	+ 53,7	+ 5,8
1977	Jahr ²⁾	— 0,3	+ 0,2	— 5,0	+ 0,7	+ 1,0	— 3,5	— 2,3	— 2,3	± 0,0	+ 1,2	+ 1,7	— 3,6	— 14,6	— 14,5	— 14,9	— 17,0	— 16,1	— 24,5	— 10,4	— 10,9	— 9,3

1) Vorläufig — 2) Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen

lungspfad, von dem sie während der vergangenen Rezession aufgrund der Unterauslastung des beschäftigten Arbeitsvolumens abgewichen war.

Die Frage, ob und gegebenenfalls inwieweit sich dieser Entwicklungspfad verschoben hat, läßt sich gegenwärtig nicht gesichert beantworten. Gegeneinander gerichtete Einflüsse sind denkbar: Eine Verschiebung nach unten durch die seit Anfang der siebziger Jahre anhaltend schwache Investitionstätigkeit²¹⁾ und die damit verbundene Veränderung der Altersstruktur der Produktionsanlagen, oder nach oben durch verstärkte Rationalisierung ist möglich.

Hier wird davon ausgegangen, daß sich beide Faktoren kompensieren, der frühere Trend also weiterhin gilt.

Bei dem unterstellten Produktivitätszuwachs würde das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen 1977 um + 0,4 %, also — wie im Vorjahr — nur geringfügig expandieren.

Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit würde 1977 leicht abnehmen. Dies resultiert allerdings allein aus der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Zahl von Arbeitstagen (— 0,3 %). Die tägliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen würde demgegenüber 1977 auf dem Niveau des Vorjahres verharren, denn die zu erwartende tariflich vereinbarte Abnahme würde durch Abbau von Kurzarbeit und Aufbau von Überstunden voraussichtlich kompensiert werden.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften würde 1977 demnach nur um + 0,7 % über dem Vorjahr liegen und über das Jahr hinweg (konjunkturell) leicht ansteigen.

2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Bei einem Wachstum des realen Sozialprodukts um 5 % würde die Arbeitsmarktbilanz im Jahre 1977 zum ersten Male seit 1973 wieder durchgängig eine leichte Besserung bei allen Aggregaten zeigen. Im einzelnen wäre mit folgenden Entwicklungen zu rechnen (Übersicht 2):

- Das deutsche Erwerbspersonenpotential wird im selben Maße ansteigen wie 1976. Dies wird aber überkompensiert durch einen weiteren, wenn auch gegenüber 1975 und 1976 abgeschwächten Rückgang des ausländischen Arbeitskräftepotentials.

Insgesamt wird sich das zur Verfügung stehende Angebot an Arbeitskräften 1977 um gut 70 000 Personen verringern.

- Die zum ersten Male seit 1973 wieder leicht ansteigende Nachfrage nach Arbeitskräften würde 1977 insgesamt zu einer Zunahme der Erwerbstätigen führen (+ 170 000 Personen). Bei unveränderten Restriktionen im Hinblick auf die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik würde die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen auch 1977 zurückgehen, allerdings mit — 70 000 Personen nur noch etwa halb so stark wie im Vorjahr. Für deutsche Erwerbstätige ergäbe sich deshalb ein stärkerer Zuwachs als bei den

- Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wird im Jahresdurchschnitt 1977 noch rund 1,86 Millionen Personen betragen.

Aus der aufgezeigten Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ergäbe sich, daß 1977 die Zahl der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen erstmals seit 1970 wieder unter den Vorjahresstand absinkt:

- Die Zahl der registrierten Arbeitslosen würde ca. 880 000 Personen (180 000 weniger als im Vorjahr) betragen. Die Zahl der deutschen Arbeitslosen würde um 154 000 Personen zurückgehen. Auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer würde sich bei anhaltender — wenn auch verlangsamter — Abwanderung verringern (— 26 000 Personen). Die im Abschnitt 3.1 aufgeführte Entlastungswirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist bei dieser Schätzung bereits berücksichtigt worden.
- Die Stille Reserve würde 1977 um 65 000 auf etwa 550 000 Personen abnehmen.

2.4 Die Auslastung des potentiellen Arbeitsvolumens

Bei der Berechnung des jeweiligen Beschäftigungsgrades kann jetzt auf eine differenziertere Arbeitsvolumenrechnung des IAB zurückgegriffen werden²²⁾.

Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens ist dabei definiert als das prozentuale Verhältnis zwischen effektivem und gesamtwirtschaftlich insgesamt verfügbarem Arbeitsvolumen.

Unter den Annahmen der 5 %-Variante würde dieser Auslastungsgrad 1977 erstmalig spürbar den Wert übersteigen, der im Tiefpunkt der vergangenen Rezession, im Jahre 1975, erreicht worden war: Mit voraussichtlich 92,5 % würde er aber trotzdem noch weit — nämlich 5 bis 6 %-Punkte — unter der Auslastung früherer, konjunkturell besserer Jahre liegen (Übersicht 3).

Ein differenziertes Bild ergibt sich, wenn man die Komponenten des potentiellen Arbeitsvolumens — Erwerbspersonenpotential und Arbeitszeitpotential — und deren Auslastung betrachtet:

- Infolge eines weitgehenden Abbaus von Kurzarbeit und eines teilweisen Aufbaus von Überstunden würde der Auslastungsgrad der potentiellen durchschnittlichen Jahresarbeitszeit mit voraussichtlich 97,7 % das Niveau des konjunkturell guten Jahres 1973 wieder erreichen.
- Demgegenüber würde die Auslastung des Erwerbspersonenpotentials 1977 voraussichtlich bei 94,6 % und damit noch um gut 4 %-Punkte unter dem vor der Rezession realisierten Wert liegen. Diese verbliebene deutliche Unterauslastung ist Ausdruck des nur zögernden Abbaus von Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve.

Aufgrund der Tiefe der zurückliegenden Rezession würde also selbst ein vergleichsweise kräftiges Sozialproduktswachstum der Nachrezessionsjahre 1976/77 fast vollständig absorbiert durch die Mobilisierung von Produktivitäts- und Arbeitszeitreserven, die in den Unternehmen im Verlauf der Rezession gebildet wurden.

2.5 Alternative Arbeitsmarktentwicklungen

Da in diesem Jahre die Vorausschätzungen für die Entwicklung des Sozialprodukts weit streuen (vgl. Abschnitt 1),

²¹⁾ Die Ergebnisse einer im IAB durchgeführten Untersuchung deuten darauf hin, daß die langfristige Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit einer Verzögerung von zwei Jahren von der Investitionstätigkeit beeinflusst wird. Vgl. Pusse, L., Zur Analyse und Prognose der Arbeitsproduktivität auf produktions-theoretischer Basis, in: MittAB 3/1975.

²²⁾ Vergleiche: Bach, H. U., H. Kohler, L. Reyher, B. Teriet, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960—1975 — Struktur, Entwicklung und Auslastung, in diesem Heft; vergleiche auch: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — Zeit zum Investieren — Jahresgutachten 1976/1977, Tabelle 10, Seite 52.

Übersicht 3: Auslastung des Arbeitsvolumens

Merkmal			1970	1971	1972	1973	1974	1975 ¹⁾	1976 ²⁾	1977 ³⁾	
1a	Verfügbares Arbeitskräftepotential	Insgesamt	1000	26 731	26 925	26 982	27 083	26 952	26 830	26 714	26 640
		Deutsche	1000	24 868	24 732	24 625	24 508	24 399	24 390	24 436	24 475
		Ausländer	1000	1 863	2 193	2 357	2 575	2 553	2 440	2 278	2 165
b	Eingesetztes Arbeitskräftepotential	Insgesamt	1000	26 582	26 650	26 592	26 659	26 164	25 303	25 040	25 210
		Deutsche	1000	24 724	24 469	24 252	24 105	23 727	23 186	23 050	23 290
		Ausländer	1000	1 858	2 181	2 340	2 554	2 437	2 117	1 990	1 920
c	Auslastungsgrad des Arbeitskräftepotentials (1b:1a)	Insgesamt	%	99,4	99,0	98,6	98,4	97,1	94,3	93,7	94,6
		Deutsche	%	99,4	98,9	98,5	98,4	97,2	95,1	94,3	95,2
		Ausländer	%	99,7	99,5	99,3	99,2	95,5	86,8	87,4	88,7
2a	Potentielle Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	Insgesamt	Std.	1 992	1 984	1 954	1 934	1 911	1 890	1 905	1 883
b	Effektive Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Insgesamt	Std.	1 969	1 954	1 920	1 887	1 853	1 818	1 845	1 840
c	Auslastungsgrad der potentiellen Arbeitszeit je Erwerbstätigen (2b:2a)	Insgesamt	%	98,9	98,5	98,3	97,5	97,0	96,2	96,9	97,7
3a	Potentielles Arbeitsvolumen (1a × 2a)	Insgesamt	Mill. Std.	53 243	53 431	52 718	52 381	51 505	50 709	50 890	50 163
b	Effektives Arbeitsvolumen (1b × 2b)	Insgesamt	Mill. Std.	52 346	52 070	51 058	50 295	48 482	45 998	46 202	46 376
c	Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens (3b:3a)	Insgesamt	%	98,3	97,5	96,9	96,0	94,1	90,7	90,8	92,5

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

³⁾ Vgl. Bach, H. U., H. Kohler, L. Reyher, B. Teriet: Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960—1975 — Struktur, Entwicklung und Auslastung, in diesem Heft

Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen

soll hier aufgezeigt werden, wie sich die Arbeitsmarktentwicklung 1977 darstellt, wenn das oben genannte Wirtschaftswachstum von + 5 % nicht eintritt.

In der Übersicht 4 sind Alternativrechnungen für die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 1977 mit den Eckwerten + 3 % und + 6 % dargestellt.

- Die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials wird von unterschiedlichen Wachstumsraten in der hier vorgegebenen Spanne nicht beeinflusst.
- Bei einer Wachstumsrate von nur 3 % würde die Nachfrage nach Arbeitskräften voraussichtlich auf dem Niveau von 1976 verharren, denn der Arbeitsvolumenrückgang, der aus dem Anstieg der Produktivität um 4 % resultierte, würde durch Überstundenabbau und ansteigende Kurzarbeit kompensiert.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen würde dann im Jahresdurchschnitt 1977 kaum unter die Milliongrenze sinken. Mit einem Abbau der Stillen Reserve wäre nicht zu rechnen.

- Eine Zunahme des realen Sozialprodukts um 6 % würde zwar das Produktivitätswachstum gegenüber den anderen Varianten beschleunigen, aber doch zu einer Zunahme des Arbeitsvolumens um 1 % führen. Aufgrund der weitgehend ausgeschöpften Arbeitszeitreserven würde daraus eine Zunahme der Erwerbstätigkeit in gleicher Höhe resultieren.

Bei der Arbeitslosigkeit ist dann ein etwas stärkerer Rückgang, auf rd. 800 000 im Jahresdurchschnitt 1977, zu erwarten. Die Stille Reserve würde um rd.

- Der Auslastungsgrad des verfügbaren Arbeitskräftepotentials — das ist der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehende Teil der Wohnbevölkerung — würde bei einem Wachstum des realen Sozialprodukts um 3 % voraussichtlich nur 94 % betragen und damit kaum höher als 1976 und sogar unter dem Wert von 1975 liegen. Bei einer Wachstumsrate von 6 % dürfte demgegenüber der Auslastungsgrad auf gut 95 % ansteigen und damit immerhin die Werte der vergangenen 2 Jahre übersteigen.
- Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumenpotential²³⁾ — das ist die Summe aller Arbeitsstunden, die von den verfügbaren Arbeitskräften geleistet werden könnten — wäre bei 3 % Wachstum kaum besser ausgelastet als in den Rezessionsjahren 1975/76. Der Auslastungsgrad würde voraussichtlich 91½ % betragen.

Bei der 6 %-Variante würde er zwar auf 93½ % ansteigen, damit aber immer noch weit unter früher realisierten Werten (1970 z. B. gut 98 %) zurückbleiben.

3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

3.1 Der Entlastungseffekt arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen 1973—1977

In Übersicht 5 sind die Entlastungswirkungen, die dem Einsatz von Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung (FuU) zuzurechnen sind, für die Jahre 1973 bis 1977 ausgewiesen. Für 1977 wird davon ausgegangen, daß die im Haushalt der BA für diese Verwendungszwecke vorgesehenen Mittel voll ausgeschöpft werden.

Die dem Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen (ohne ABM-Teil) zuzumessende Entlastungswirkung ist ebenfalls in Übersicht 5 nachrichtlich ausgewiesen²⁴⁾.

²³⁾ Zu den Grundlagen der Berechnung des Arbeitsvolumenpotentials vgl. Bach, Kohler, Reyher, Teriet: Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960—1975. Struktur, Entwicklung und Auslastung, in diesem Heft.

²⁴⁾ Dazu liegt eine ausführliche Darstellung vor, vgl. Spitznagel, E., Anwendung des erweiterten Input-Output-Modells auf das Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen, in: MittAB 3/1976.

Übersicht 4: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1977

Jahres- durchschnitt	Brutto- inlands- produkt, real	Stunden- pro- duk- tivität	Arbeits- volumen	Tägl. Arbeits- zeit je Erwerbs- tätigen	Arbeits- tage- effekt	Jährl. Arbeits- zeit je Erwerbs- tätigen	Erwerbstätige			Erwerbspersonen (Potential)			Nichtbeschäftigte Erwerbspersonen			davon					
							Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve		
																Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22

— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —

1977 Variante I	+ 3	+ 4	- 1,0	- 0,7	- 0,3	- 1,0	± 0,0	+ 0,4	- 4,5	- 0,3	+ 0,2	- 5,0	- 4,4	- 3,7	- 8,0	- 5,7	- 4,6	-15,1	- 2,3	- 1,6	- 3,8
Variante II	+ 4	+4½	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,7	+ 0,3	+ 0,7	- 4,0	- 0,3	+ 0,2	- 5,0	- 8,6	- 8,0	-11,5	-10,4	- 9,3	-19,8	- 5,5	- 5,1	- 6,6
Variante III	+ 5	+4½	+ 0,5	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 0,7	+ 1,0	- 3,5	- 0,3	+ 0,2	- 5,0	-14,6	-14,5	-14,9	-17,0	-16,1	-24,5	-10,4	-10,9	- 9,3
Variante IV	+ 6	+ 5	+ 1,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 1,3	+ 1,6	- 3,0	- 0,3	+ 0,2	- 5,0	-23,5	-24,6	-18,4	-24,5	-23,5	-34,0	-21,8	-27,1	- 9,3

— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 —

1977 Variante I							± 0	+ 90	- 90	- 74	+ 39	-113	- 74	- 51	- 23	- 60	- 44	- 16	- 14	- 7	- 7
Variante II							+ 70	+150	- 80	- 74	+ 39	-113	-144	-111	- 33	-110	- 89	- 21	- 34	- 22	- 12
Variante III							+170	+240	- 70	- 74	+ 39	-113	-244	-201	- 43	-180	-154	- 26	- 64	- 47	- 17
Variante IV							+320	+380	- 60	- 74	+ 39	-113	-394	-341	- 53	-260	-224	- 36	-134	-117	- 17

— Bestand (in 1000 Personen) —

1976							25 040	23 050	1 990	26 714	24 436	2 278	1 674	1 386	288	1 060	954	106	614	432	182
1977 Variante I							25 040	23 140	1 900	26 640	24 475	2 165	1 600	1 335	265	1 000	910	90	600	425	175
Variante II							25 110	23 200	1 910	26 640	24 475	2 165	1 530	1 275	255	950	865	85	580	410	170
Variante III							25 210	23 290	1 920	26 640	24 475	2 165	1 430	1 185	245	880	800	80	550	385	165
Variante IV							25 360	23 430	1 930	26 640	24 475	2 165	1 280	1 045	235	800	730	70	480	315	165

Quelle: Eigene Berechnungen

Übersicht 5:

Beschäftigungswirkung und Entlastung der Arbeitslosenzahl durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Jahren 1973—1977, auf Jahresbasis

Maßnahmeart	Inanspruchnahme					Beschäftigungswirkung ²⁾					Entlastungswirkung (Minderung der Arbeitslosenzahl) ²⁾				
	Personen in 1 000														
	1973	1974	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1973	1974	1975	1976	1977	1973	1974	1975	1976	1977
1. Kurzarbeit	44	292	773	280	200	16	106	272	90	65	11	70	175	60	42
2. Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)	2	3	16	30	33	4	8	41	75	82	3	6	30	58	63
3. Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung (FuU)	101	117	131	95	70	101	117	131	95	70	101	117	131	100	70
Summe 1. – 3.	147	412	920	405	303	121	231	444	260	217	115	193	336	218	175
Nachrichtlich															
4. Bau-, Investitionsprogramm (ohne ABM)	240	155	.
						Beschäftigungsveränderung, insgesamt					Arbeitslose, Gesamtbestand				
						+67	—495	—861	—263 ¹⁾	+170 ¹⁾	273	582	1 074	1 060 ¹⁾	880 ¹⁾

1) Vorläufig — 2) Schätzung

3.1.1 Kurzarbeit

Die Kurzarbeiterzahl hat sich 1976 stärker verringert als erwartet wurde. Im Jahresdurchschnitt wurden 280 000 Kurzarbeiter gezählt. Bei einer Einschränkung der betriebsüblichen Arbeitszeit um rd. 30 % entspricht dies einem Volumen von rund 170 Millionen Ausfallstunden und — bei Berücksichtigung der betrieblichen Normalarbeitszeit — einem vermiedenen Rückgang der Beschäftigung um rd. 90 000 Personen. Da erfahrungsgemäß rd. 65 % eines Beschäftigungsrückganges in registrierte Arbeitslosigkeit gehen — der Rest verteilt sich auf Stille Reserve und Abgänge ins Ausland — ist der Kurzarbeit 1976 eine Entlastung der Arbeitslosenzahl um rd. 60 000 Personen zuzurechnen. 1977 ist unter den hier getroffenen Annahmen mit einem weiteren Abbau der Kurzarbeit auf rd. 200 000 Personen im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Zu ihrer Finanzierung sind in den BA-Haushalt 1977 638,4 Millionen DM eingestellt.

Der voraussichtlichen Kurzarbeiterzahl entspricht ein Volumenausfall von rd. 125 Millionen Stunden, ein vermiedener Rückgang der Beschäftigung um rd. 65 000 Personen und damit eine Entlastung der Arbeitslosenzahl um rd. 42 000 Personen.

3.1.2 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Im Jahre 1976 standen im BA-Haushalt 650 Millionen DM ABM-Mittel zur Vergabe bereit. Ergänzt wurden sie durch Bundes-²⁵⁾ und Landesmittel in Höhe von zusammen 133 Millionen DM.

Allerdings ist diese Datierung nicht deckungsgleich mit der Wirkung, die 1976 von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Beschäftigung und volkswirtschaftlichen Kreislauf ausging, zumal die bereits im August 1975 im Rahmen des Bau-Investitions-Programms von der Bundesre-

gierung zur Verfügung gestellten Mittel für ABM in Höhe von 600 Millionen DM zum größten Teil erst 1976 zur Wirkung kamen.

Bei den gegenwärtig verfügbaren Informationen über die Wirksamkeit von ABM und deren zeitlicher Verteilung ist davon auszugehen, daß — auf Jahresbasis gerechnet — 1976 für rd. 75 000 Personen Beschäftigung geschaffen bzw. gesichert wurde. Davon wurden

- rund 30 000 Arbeitnehmer, die vorher arbeitslos waren, von den Arbeitsämtern direkt zugewiesen,
- rund 9000 Arbeitskräfte als sogenannte Stammarbeitnehmer in Zusammenhang mit den ABM in ausführenden Betrieben beschäftigt und
- rund 36 000 Arbeitskräfte infolge indirekter und induzierter Wirkungen zur Erstellung von Vorleistungen und zur Befriedigung der zusätzlichen Verbrauchsnachfrage infolge höherer Einkommen eingesetzt.

1977 stehen für ABM im BA-Haushalt 649 Millionen DM zur Vergabe bereit. Sie dürften voraussichtlich durch Bundes- und Landesmittel in Höhe von rd. 45 Millionen DM ergänzt werden. Aufgrund von Strukturveränderungen bei den geförderten Maßnahmen — es werden bevorzugt Angestellten-Maßnahmen gefördert — ist allerdings damit zu rechnen, daß die Sekundärwirkungen geringer als im Jahr 1976 ausfallen, weil die geförderten Projekte arbeitsintensiver sind und weniger Vorleistungen von anderen Wirtschaftsbereichen erfordern.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Wirkungverschiebungen wird beim gegenwärtigen Informationsstand im Jahre 1977 voraussichtlich für rd. 82000 Personen Beschäftigung geschaffen bzw. gesichert. Davon werden

- rund 33 000 Arbeitnehmer von den Arbeitsämtern direkt zuzuweisen sein,

²⁵⁾ Mittel aus dem Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das die Bundesregierung im Januar 1976 verabschiedet hat sowie Mittel aus der verstärkten Förderung.

- rund 10 000 Arbeitskräfte als Stamarbeitnehmer beschäftigt werden und
- rund 39 000 Arbeitskräfte aufgrund indirekter und induzierter Wirkungen einzusetzen sein.

Dies wird voraussichtlich zu einer Entlastung der Arbeitslosigkeit 1977 um insgesamt 63 000 Personen führen.

3.1.3 Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung (FuU)

Im Jahre 1976 haben etwa 95 000 Personen (auf Jahresbasis) an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung teilgenommen. Das sind 35 000 Teilnehmer weniger als im Jahre 1975 und geringfügig weniger als 1973, im Jahr vor der Rezession. Daraus ergab sich in voller Höhe eine Entlastungswirkung im Hinblick auf die Arbeitslosenzahl: 1976 knapp 100 000 Personen gegenüber 130 000 im Jahre 1975²⁶).

Eine nochmalige, starke Abnahme der Entlastungswirkung ist für 1977 zu erwarten. Nach dem Haushaltsansatz für 1977 wird zunächst nur mit rund 70 000 Teilnehmern an Vollzeitmaßnahmen gerechnet. Die Entlastungswirkung dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments verringert sich somit um weitere 30 000 Personen.

Insgesamt führen die genannten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen — Kurzarbeit, ABM und FuU — voraussichtlich zu einer Entlastung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1977 um rund 175 000 Personen.

3.2 Zur Beeinflussung der Struktur der Arbeitslosen

Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit ist davon auszugehen, daß Selektionsprozesse am Arbeitsmarkt zu einer Umschichtung in der Struktur der Arbeitslosen zu Lasten von bestimmten — in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt in erkennbarer Weise beeinträchtigten — Gruppen führen. Betroffen sind hiervon gegenwärtig vor allem die Ungelernten, die Älteren (solange sie nicht vorgezogenes Altersruhegeld beantragen können) und Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen²⁷).

Als kurzfristig wirksame arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Beeinflussung der Struktur der Arbeitslosigkeit stehen vor allem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die gezielte Förderung von beruflicher Fortbildung und Umschulung zur Verfügung. Hierauf wird im folgenden kurz eingegangen.

²⁶) Hierbei sind zwei sich zumindest zum Teil saldierende Effekte bislang noch nicht berücksichtigt worden: Zum einen ist es die Tatsache, daß auch bei FuU (durch die im Vergleich zu Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zumindest z. T. höheren Unterhaltszahlungen und auch durch die zusätzliche Beschäftigung von Lehr- und Managementpersonal) zusätzliche indirekte Wirkungen erzielt werden. Zum anderen ergibt sich — trotz der besonderen Struktur der FuU-Teilnehmer — wegen der Bildung von Stillen Reserven kein voller Entlastungseffekt bei den registrierten Arbeitslosen. Dem saldierten Effekt dürfte insgesamt kein großes Gewicht beizumessen sein.

²⁷) Vgl. Brinkmann, Christian, Karen Schober-Gottwald, „Zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen während der Rezession 1974/75“, in: MittAB 2/1976.

²⁸) Vgl. Brinkmann, Christian, Karen Schober-Gottwald, a. a. O., S. 102. Bei Teilnehmern, die von der BA finanziell gefördert wurden, ist die Wiedereingliederungsquote sogar noch höher. Der hier aufgezeigte Zusammenhang gilt auch dann, wenn Alter und Ausbildungsniveau konstant gehalten werden. Inwieweit bei diesem Zusammenhang auch motivationale Faktoren (Berufsorientierung, Lern- und Leistungsmotivation u. a.) eine Rolle spielen, bedarf noch der näheren Untersuchung.

²⁹) § 44 AFG.

³⁰) Brinkmann, Christian, Karen Schober-Gottwald, a. a. O.

³¹) Brinkmann, Christian, Karen Gottwald, Lothar Schuster, „Die berufliche Fortbildung männlicher Erwerbspersonen — Teil I“, in: MittAB 1/1972.

³²) Brinkmann, Christian, „Erste Ergebnisse zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen“, Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 10/1976.

Soweit unzureichende berufliche und/oder regionale Mobilität einer beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen entgegensteht, erscheint der Einsatz von Mobilitätshilfen angebracht. Auch hierzu sollen im folgenden einige empirische Ergebnisse angeführt werden.

3.2.1 Finanzielle Förderung von Fortbildung und Umschulung

Teilnahme an beruflicher Weiterbildung führt zu einer beträchtlichen Verbesserung der Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen (Wiedereingliederungsquote nach einem Jahr bei Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung 52 %, gegenüber 34 % bei Nichtteilnehmern²⁸).

Die Förderung der beruflichen Bildung von Arbeitslosen ist deshalb — und wegen des bereits aufgeführten allgemeinen Arbeitsmarkt-Entzugseffekts — ein wichtiger Bestandteil der arbeitsmarktpolitischen Bemühungen der BA. Die durch das Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1975 geänderten Bestimmungen des AFG sehen entsprechend eine finanzielle Besserstellung bei der individuellen Förderung von solchen zuvor arbeitslosen Teilnehmern an beruflichen Bildungsmaßnahmen vor, bei denen die Teilnahme für die berufliche Eingliederung notwendig erscheint²⁹).

Nach der gleichen AFG-Änderung werden auch solche (arbeitslosen und nicht arbeitslosen) Teilnehmer finanziell bessergestellt, die keinen beruflichen Abschluß haben und eine berufliche Qualifikation erwerben wollen. Hier werden die allgemein schlechten Arbeitsmarktchancen von Ungelernten berücksichtigt, die vor allem auch darin zum Ausdruck kommen, daß sie unter den Arbeitslosen überdurchschnittlich vertreten sind und weitaus schlechtere Wiedereingliederungschancen haben als höher qualifizierte Arbeitslose³⁰).

Die besonderen Bemühungen um diese beiden Zielgruppen (Arbeitslose und Ungelernte) bei der finanziellen Förderung der beruflichen Bildung nach dem AFG sind bislang allerdings noch nicht voll erfolgreich gewesen, und zwar auch deshalb, weil die durch das Haushaltsstrukturgesetz eingetretenen Änderungen im Förderungsrecht und in der Förderungspraxis zu einem rapiden Rückgang der Teilnehmerzahlen insgesamt geführt haben.

Von Januar bis Oktober 1976 sind lediglich 124000 Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung neu hinzugekommen, 45 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Anteil der zuvor Arbeitslosen an den Neuzugängen bei den Teilnehmern konnte tatsächlich leicht erhöht werden (34 % gegenüber 31 % im Vorjahr), desgleichen der Anteil der Ungelernten (22 % gegenüber 20 % im Vorjahr). Bei den insgesamt stark rückläufigen Teilnehmerzahlen ist dies trotzdem mit einem — wenn auch unterdurchschnittlichen — Rückgang der absoluten Zahl der Geförderten sowohl bei Arbeitslosen als auch bei Ungelernten verbunden.

Zwar ist davon auszugehen, daß bei Erwerbstätigen wie bei Arbeitslosen mit niedrigem Ausbildungsniveau die Weiterbildungsbereitschaft vergleichsweise gering ist³¹). Trotzdem lassen erste Ergebnisse der Verlaufsuntersuchung des IAB bei Arbeitslosen hinsichtlich der Teilnahmebereitschaft von langfristig Arbeitslosen auf allen Qualifikationsebenen einen deutlichen Spielraum für die Ausweitung von Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung oder Umschulung erkennen³²). Hier gilt es offen-

bar mehr noch als in der Vergangenheit, eine Reihe hemmender Einflüsse zu beseitigen, die z. B. auch im speziellen Angebot an Lehrgängen bzw. beruflich wertbaren Zertifikaten liegen können. Auch erscheint es sinnvoll, neuartige Formen der Bildungsansprache und der Motivierung von Arbeitslosen zu erproben³³), um den arbeitsmarktpolitisch erwünschten gezielten Einsatz der öffentlichen Weiterbildungsförderung mehr noch als bisher zu erreichen.

3.2.2 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

ABM stellen, wie bereits ausgeführt, ein wirksames und kostengünstiges Instrument zur Verringerung von Arbeitslosigkeit dar. Sie können, wie z. B. Erfahrungen mit dem kanadischen „Local Initiatives Programs“ (LIP) zeigen, langfristigen Erfordernissen des Strukturwandels entsprechend konzipiert werden und sich auch auf absolut neue Dienstleistungsfunktionen erstrecken, so daß Netto-Effekte für Wirtschaft und Arbeitsmarkt gesichert werden können³⁴).

Zusätzlich zu dieser wirtschaftspolitischen Zielsetzung läßt sich mit ABM aber auch das eher sozialpolitische Ziel verfolgen, die Struktur der Arbeitslosigkeit zu beeinflussen und Arbeitslosen mit geringen Wiedereingliederungschancen — wenn auch zunächst nur zeitlich befristet — die Aufnahme einer Arbeit zu ermöglichen. Dieser Zielsetzung folgend erscheint die gegenwärtige Praxis durchaus sinnvoll, dieses Instrument selektiv, d. h. schwerpunktmäßig bei langfristig Arbeitslosen, einzusetzen.

Inwieweit Teilnehmer an ABM tatsächlich dauerhaft beruflich (re-)integriert werden konnten, ist bislang nicht bekannt. Hierüber werden aber in Kürze Ergebnisse einer speziellen Untersuchung im IAB vorliegen³⁵).

3.2.3 Förderung der beruflichen Mobilität

Geringe regionale und/oder berufliche Mobilität der Arbeitslosen ist eine der möglichen Ursachen für das Entstehen oder Weiterbestehen hoher Arbeitslosigkeit. Entsprechend kann auch durch eine gezielte Mobilitätsförderung Umfang und Struktur des Abbaus von Arbeitslosigkeit beeinflußt werden. Voraussetzung für einen sinnvollen und erfolgversprechenden Einsatz dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments ist allerdings, daß

- die Mobilitätsbereitschaft, gemessen an konsensfähigen Maßstäben, tatsächlich als zu gering zu erachten ist,
- Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage eine entsprechende Rolle im Zusammenhang mit der Besetzung freier Arbeitsplätze spielen,
- die Förderung der Mobilität nicht mit anderen, übergeordneten Zielvorstellungen kollidiert und schließlich
- der instrumentale Ansatz erfolgsversprechend ausgestaltet ist.

Neuere empirische Analysen der regionalen und beruflichen Struktur der Arbeitslosigkeit und der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Offenen Stellen legen den Schluß nahe, daß Strukturdiskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften gegenwärtig eher eine untergeordnete Rolle spielen³⁶).

Aus der Verlaufsuntersuchung des IAB bei Arbeitslosen ergeben sich folgende Informationen zur faktischen Mobilität und Mobilitätsbereitschaft von Arbeitslosen:³⁷)

Bei der beruflichen Wiedereingliederung nehmen Arbeitslose in erheblichem Umfang Veränderungen gegenüber der bisherigen Tätigkeit in Kauf (Berufs- und Wirtschaftszweigwechsel) oder machen Konzessionen im Hinblick auf die gewünschte Arbeitszeit. Besonders bei qualifizierten Arbeitskräften (Angestellten in gehobener und leitender Stellung, Facharbeitern) bedeuten diese Veränderungen sehr häufig Verschlechterungen (beruflicher Abstieg, Einkommenseinbußen). Die regionale Mobilität (Wohnortwechsel) von Arbeitslosen ist im Vergleich zur beruflichen niedriger, liegt aber trotzdem über dem Durchschnitt bei der Wohnbevölkerung.

Langfristig Arbeitslose sind nicht in besonderem Ausmaß durch niedrige regionale oder berufliche Mobilitätsbereitschaft gekennzeichnet. Vergleicht man die tatsächliche Mobilität von beruflich wiedereingegliederten Arbeitslosen mit der Mobilitätsbereitschaft von langfristig Arbeitslosen, läßt sich der Größenordnung nach eine gewisse Übereinstimmung feststellen.

Diese Befunde werden tendenziell bestätigt durch Ergebnisse früherer Arbeitslosenuntersuchungen³⁸). Die verfügbaren empirischen Informationen deuten also insgesamt darauf hin, daß der Mobilitätsförderung bei Arbeitslosen als Instrument zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und zur Beeinflussung der Struktur der Arbeitslosigkeit gegenwärtig in dem Sinne nur ein begrenzter Stellenwert zukommen dürfte, daß tatsächlich in nur begrenztem Umfang zusätzliche Wiedereingliederungseffekte erzielt werden³⁹). Allerdings ist zu beachten, daß durch die Mobilitätshilfen als zusätzlichem Einkommen gewisse gesamtwirtschaftliche Nachfrageeffekte erzielt werden können.

3.3 Zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen

Aufgrund von demographischen Entwicklungen, vor allem aber auch im Zusammenhang mit einer trendmäßigen Zunahme der Erwerbsquote von verheirateten Frauen in den mittleren Altersjahrgängen, hat sich unter den deutschen Erwerbspersonen (Potential) in den letzten Jahren eine beträchtliche Zunahme bei den Frauen ergeben (seit 1970 + 300 000), während die Entwicklung bei den Männern immer noch, wenn auch abgeschwächt, rückläufig ist (seit 1970 — 700 000).

³³) Eine entsprechende Untersuchung wird z. Z. von der Forschungsgruppe w — a — 1 (Weiterbildungsmotivation von Arbeitern und Lehrlingen) und vom Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft durchgeführt.

³⁴) Zur Diskussion um ABM vgl. Mertens, Dieter, und Lutz Reyher, a. a. O.

³⁵) IAB-Projekt 2—215, „ABM-Strukturuntersuchung“.

³⁶) Vgl. Autorengemeinschaft, „Zum Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit“, in: MittAB 1/1976. Kridde, Herbert, Ragna Zeit-Wolfrum, „Strukturuntersuchung der Offenen Stellen in einer Testregion“, in: MittAB 4/1976. Agthe, Rolf, Renate Kneisner, Manfred Schwabe, „Arbeitslose und Offene Stellen nach Leistungsgruppen in einem Landesarbeitsamts-bezirk“, in: MittAB 4/1976. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), „Strukturanalyse der Arbeitslosen und der Offenen Stellen. Vorläufige Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1976“ (hektographiertes Manuskript).

³⁷) Brinkmann, Christian, a. a. O.

³⁸) Saterdag, Hermann, „Situationsmerkmale von Arbeitslosen 1975 und Voraussetzungen für die Aufnahme einer neuen Beschäftigung“, in: MittAB 2/1975. Hofbauer, Hans, Lothar Schuster, Werner Dadzio, „Die Arbeitssuchenden in der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1968. Bericht über Methode und erste Ergebnisse“, in: Mitt(IAB) 4/1968.

³⁹) Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt in seinem Jahresgutachten 1976/77 zu dem Schluß, daß die in der Vergangenheit gewährten Mobilitätzulagen „ziemlich erfolglos“ waren, weil kaum zusätzliche Wiedereingliederungseffekte erzielt wurden (Ziff. 91), und empfiehlt neben anderen Maßnahmen eine stärkere Förderung der räumlichen Mobilität durch bessere überregionale Arbeitsvermittlung und Maßnahmen im Bereich der Immobilienpolitik (Ziff. 336).

Diese Entwicklung war begleitet von einer Ausweitung der Teilzeitarbeit⁴⁰⁾ und von — auch im AFG verankerten⁴¹⁾ — arbeitsmarktpolitischen Bemühungen um eine stärkere berufliche Integration von Frauen.

Die allgemeine Arbeitsmarktsituation, speziell aber auch die besonders angespannte Lage auf dem Teilarbeitsmarkt für Frauen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit, gibt jedoch Anlaß zu der Sorge, daß die Erwerbsbeteiligung von Frauen — entgegen den bisherigen, den offenkundigen Wünschen der Betroffenen folgenden Tendenzen und entgegen sozialpolitischen Zielvorstellungen — längerfristig nachhaltig absinkt. Frauen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit werden in besonders hohem Ausmaß in die Stille Reserve abgedrängt⁴²⁾ und damit möglicherweise längerfristig wieder vom Arbeitsmarkt verdrängt.

Eine gezielte Ausweitung der Teilzeitarbeit, wie sie schon 1974 von der Bundesregierung empfohlen wurde⁴³⁾ und in der Regierungserklärung vom 16. 12. 1976 gefordert wird, erscheint dringend geboten, begleitet von Modellversuchen und Kostenuntersuchungen insbesondere auch im Bereich der qualifizierten Arbeitsplätze⁴⁴⁾.

Eine Ausweitung der Teilzeitarbeit führt — bei gleichem Arbeitsvolumen — zu einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten und damit insgesamt zu einer Entlastung des Arbeitsmarkts. Darüber hinaus verbessert sie speziell für die von Verdrängungsprozessen besonders bedrohten Gruppen die Arbeitsmarktsituation.

Hier lediglich anzumerken ist, daß Teilzeitarbeit auch von — behinderten und nichtbehinderten — männlichen Arbeitskräften gesucht wird, für sie aber nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht. Auch in diesem Bereich dürften beträchtliche Möglichkeiten für eine gezielte Ausweitung der Teilzeitarbeit bestehen.

4. Die Arbeitsmarktentwicklung nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern⁴⁵⁾

Bei der Schätzung der regionalen Ausprägungen der Arbeitsmarktentwicklung 1977 wird die Variante III der Globalprognose mit einem Wachstum des realen Sozialprodukts von 5 % für 1977 zugrunde gelegt.

⁴⁰⁾ Vgl. Autorengruppe „Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1973“, in: MittAB 1/1973, S. 5 ff. und Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (QuintAB), 4, 1. Auflage 1976 („Frauen und Arbeitsmarkt“).

⁴¹⁾ Vgl. § 2 AFG.

⁴²⁾ Brinkmann, Christian, Karen Schober-Gottwald, a. a. O., S. 114.

⁴³⁾ „Empfehlungen zur Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst“, in Sozialpolitische Informationen VIII/39 vom 30. 10. 1974 (herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung).

⁴⁴⁾ Die häufig geäußerte Vermutung, daß besonders (aber nicht nur) im Bereich der qualifizierten Arbeitsplätze bei Teilzeitarbeit erhebliche Zusatzkosten entstehen würden, ist bislang — auf repräsentativer Basis und unter Abwägung aller betrieblichen Kosten- und Nutzenaspekte — empirisch nicht belegt.

Soweit bei Teilzeitarbeit — in noch zu bestimmenden Bereichen — tatsächlich erhebliche Zusatzkosten entstehen, wäre sogar eine u. U. zeitlich befristete Subventionierung von Teilzeitarbeit zu empfehlen, da dies für die öffentlichen Haushalte insgesamt weitaus billiger sein dürfte als die andernfalls notwendige Finanzierung höherer Arbeitslosigkeit.

⁴⁵⁾ Der folgende Text bezieht sich auf die Tabellen Nr. 3—5 (Anhang) und die Textübersichten Nr. 6 und 7. Im Textteil selbst wurde auf Zahlenangaben weitgehend verzichtet.

⁴⁶⁾ Autorengruppe: Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern im Jahre 1975, in: MittAB 2/75, S. 164 ff.

⁴⁷⁾ Erstmals konnte die „Statistik der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer“ (Beschäftigtenstatistik) der Bundesanstalt für Arbeit in größerem Umfang zur Fortschreibung genutzt werden. Außerdem stützt sich die Schätzung der Zahl der Erwerbstätigen auf eine Shift-Analyse (Zerlegung der regionalen Beschäftigtenentwicklung in Struktur- und Standorteinfluß) nach 11 Wirtschaftsbereichen, wobei für die Industrie eine nochmalige Desaggregation nach 30 Industriezweigen erfolgte.

⁴⁸⁾ Vgl. hierzu: DIW-Wochenbericht 6/76: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1975/76, S. 51; DIW-Wochenbericht 47/76: Zur Lage der Berliner Wirtschaft im Herbst 1976, S. 438 ff.

Methodische und statistische Probleme der kurzfristigen regionalen Arbeitsmarktvorausschau wurden früher an dieser Stelle erörtert⁴⁶⁾. Über die grundsätzlichen Probleme hinaus ergaben sich gewisse Veränderungen hinsichtlich des verfügbaren statistischen Datenmaterials und bei einzelnen Fortschreibungsmethoden⁴⁷⁾.

Erneut sei darauf hingewiesen, daß es sich bei den Schätzdaten der Arbeitsmarktentwicklung in den Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern um eine regionale Zerlegung von für das Bundesgebiet vorgegebenen gesamtwirtschaftlichen Aggregaten handelt. Die regionalen Entwicklungen sind also konsistent zu einer bestimmten Bundesentwicklung. Die verwendete Schätzmethode erlaubt jedoch keine direkten Hinweise auf die eigentlichen Determinanten der regionalen Arbeitsmarktentwicklung. Die gefundenen Prognosewerte sind daher vor allem als Indikatoren für Entwicklungsrichtungen zu interpretieren.

Die Zahl der *Erwerbstätigen* nahm 1976 gegenüber 1975 in den meisten Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken — bei geringen Schwankungen — in etwa wie auf Bundesebene ab (— 1,0 %).

Stärkere Abnahmen ergaben sich in den Stadtstaaten, wobei hier unterschiedliche Gründe verantwortlich sein können. In Hamburg setzte sich wahrscheinlich der längerfristige Trend einer unterdurchschnittlichen Entwicklung der Erwerbstätigkeit aufgrund von Verlagerungen in das schleswig-holsteinische Umland fort. In Bremen ist der verstärkte Rückgang im Jahre 1976 vermutlich vor allem auf einen „Nachholeffekt“ zurückzuführen; 1975 ging die Zahl der Erwerbstätigen nämlich nur um 1,5 % — bei einer Abnahme von — 3,3 % im Bundesgebiet — zurück. Der verstärkte Rückgang 1976 machte sich in einem besonders starken Anstieg der Arbeitslosigkeit (+21 %) bemerkbar. Die überdurchschnittliche Abnahme der Erwerbstätigkeit in Berlin wiederum dürfte mit dem schon länger zu beobachtenden Trend eines überdurchschnittlichen Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung und der vorhandenen Arbeitsplätze zusammenhängen⁴⁸⁾.

Aller Voraussicht nach wird sich auch im Jahre 1977 die Entwicklung der regionalen *Erwerbstätigkeit* — allerdings mit positivem Vorzeichen gegenüber 1976 — weitgehend an der Bundesentwicklung orientieren, für die hier insgesamt nur ein mäßiger Anstieg der Erwerbstätigenzahl (+ 0,7 %) unterstellt wird. Geringere Abweichungen ergeben sich aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur und deren Entwicklung. Nur für Baden-Württemberg und Berlin (West) sind etwas größere Abweichungen zu erwarten: In Baden-Württemberg schlägt mit + 0,9 % der überdurchschnittliche Anstieg der Arbeitnehmerzahlen durch; die Entwicklung in Berlin (West) dürfte mit 4- 0,3 % wiederum hinter den übrigen Bundesländern zurückbleiben.

Die Zahl der *beschäftigten Arbeitnehmer* dürfte 1977 in allen Bundesländern zunehmen. Weitgehend der Erwerbstätigenentwicklung folgend werden sich auch hier für die meisten Länder nur geringfügige Abweichungen von der Bundesentwicklung (+ 1,2 %) ergeben. Für Baden-Württemberg ist der relativ stärkste Anstieg zu erwarten. Dahinter steht die Annahme, daß sich der Konjunkturanstieg in diesem Land am stärksten durchsetzen wird. In Berlin (West) wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nur unterdurchschnittlich zunehmen.

Der starke Rückgang der *ausländischen Arbeitnehmer*⁴⁹⁾ von 1975 setzte sich — insbesondere aufgrund des anhaltenden Anwerbestopps — 1976 fort, allerdings vermindert und mit unterschiedlichen Intensitätsgraden in den einzelnen Bundesländern. In den Ländern, in denen 1976 erste Erholungstendenzen des Arbeitsmarktes sichtbar wurden, schlug sich dies u. a. auch in einem schwächeren Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitnehmer nieder. Dies bedeutet in Baden-Württemberg und Südbayern, daß sich über dem Bundesdurchschnitt liegende Abnahmeraten von 1975 auf 1976 zu durchschnittlichen verringerten. In Hessen nahm 1975 die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer im gleichen Verhältnis und 1976 unterproportional zur Bundesentwicklung ab.

Übersicht 6:
Ausländerquoten¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken (Anteile ausländischer Arbeitnehmer an den gesamten Arbeitnehmern — Beschäftigungsortskonzept — Jahresdurchschnitte) 1975—1977

Bundesland — Landesarbeitsamtsbezirke	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	4,3	4,1	3,9
Hamburg	7,6	7,3	7,0
Schleswig-Holstein/Hamburg	6,1	5,8	5,5
Niedersachsen	5,3	4,9	4,7
Bremen	6,8	6,2	5,9
Niedersachsen/Bremen	5,5	5,1	4,8
Nordrhein-Westfalen	10,0	9,5	9,1
Hessen	11,5	11,1	10,5
Rheinland-Pfalz	6,3	5,9	5,7
Saarland	7,0	6,4	6,1
Rheinland-Pfalz/Saarland	6,5	6,1	5,8
Baden-Württemberg	14,3	13,5	12,8
Nordbayern	6,5	6,0	5,7
Südbayern	11,0	10,4	9,9
Bayern	9,0	8,4	8,0
Berlin (West)	10,8	10,3	9,9
Bundesrepublik Deutschland	9,6	9,1	8,7

¹⁾ Ausländische Arbeitnehmer in % der gesamten Arbeitnehmer (aus Tabelle 4)

Berlin nimmt aufgrund seiner demographischen Besonderheiten eine Sonderstellung ein: Infolge der starken Überalterung der Wohnbevölkerung scheiden relativ viele deutsche Erwerbstätige aus dem Erwerbsleben aus. Außerdem ist auch weiterhin eine ständige Abwanderung von deutschen Erwerbstätigen in das übrige Bundesgebiet zu verzeichnen, so daß für Ausländer vergleichsweise gute Arbeitsmarktbedingungen vorliegen. Da sich der Rückgang der *ausländischen Arbeitnehmer* 1977 im gesamten Bundesgebiet noch mehr abflachen dürfte und zu wenig gesicherte Daten als Anhaltspunkte für unterschiedliche regionale Ausprägungen vorliegen, mußte für 1977 eine gleiche Abnahmerate der ausländischen Arbeitnehmer von 3—4 % in allen Bundesländern unterstellt werden.

Die lange Dauer und die Intensität der Rezession führten zu einer gewissen Nivellierung der länderspezifischen *Arbeitslosenquoten* im Jahr 1976.

⁴⁹⁾ Die Angaben über ausländische Arbeitnehmer beruhen auf einer Neuberechnung, die nur bedingt mit früheren Zeitreihen vergleichbar ist. Schon im vorigen Jahr konnten erste Ergebnisse zur regionalen Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer aus der Statistik der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer zur Schätzung herangezogen werden. Eine quartalsweise Fortschreibung der Regionalstrukturen war aber jetzt zum ersten Mal möglich. Damit ergeben sich kleinere Abweichungen zu den früher an dieser Stelle veröffentlichten Daten.

Übersicht 7:
Arbeitslosenquoten¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken (Jahresdurchschnitte) 1974—1977

Bundesland — Landesarbeitsamtsbezirke	1974	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	3,2	5,2	5,3	4,6
Hamburg	1,7	3,8	3,9	3,1
Schleswig-Holstein/Hamburg	2,5	4,6	4,7	3,9
Niedersachsen	3,2	5,5	5,4	4,7
Bremen	2,7	4,6	5,6	5,0
Niedersachsen/Bremen	3,1	5,4	5,4	4,7
Nordrhein-Westfalen	2,9	4,8	4,9	4,1
Hessen	2,4	4,5	4,4	3,5
Rheinland-Pfalz	2,8	5,1	4,8	4,0
Saarland	3,9	6,1	6,7	5,9
Rheinland-Pfalz/Saarland	3,1	5,3	5,2	4,4
Baden-Württemberg	1,4	3,6	3,4	2,5
Nordbayern	2,7	5,7	5,6	4,5
Südbayern	2,8	4,7	4,5	3,8
Bayern	2,7	5,1	5,0	4,1
Berlin (West)	2,0	3,8	3,9	3,3
Bundesrepublik Deutschland	2,6	4,7	4,6	3,9

¹⁾ Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach dem Mikrozensus 1974 und 1975

Allerdings verloren die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg auch 1976 nicht ihre im Vergleich zu anderen Ländern günstigere Position. Anders als 1966/67 ergab sich jedoch eine starke Annäherung der Arbeitslosenquoten dieser Länder an den Bundesdurchschnitt. Der insgesamt hohe Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe hat auch in den Ländern Hessen und Baden-Württemberg die Arbeitsmarktsituation deutlich verschlechtert, zumal das Verarbeitende Gewerbe in beiden Ländern stark vertreten ist.

Erneut zeigte sich die besondere Konjunktorempfindlichkeit des Landesarbeitsamtsbezirks Nordbayern, dessen mittlere Position des Jahres 1974 im weiteren Verlauf der Rezession sehr rasch verloren ging. Bereits 1975 hatte dieser Landesarbeitsamtsbezirk nach dem Saarland die höchste Arbeitslosenquote. Neben anderen Problemen, die sich aus der ungünstigen Randlage ergaben, schlug hier der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe besonders deutlich durch, das in Nordbayern überdurchschnittlich vertreten ist.

Der immer noch langsame *Abbau der Arbeitslosigkeit* wird 1977 in den Ländern bzw. Landesarbeitsamtsbezirken Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und Nordbayern relativ schneller vor sich gehen als in den übrigen Bundesländern bzw. Landesarbeitsamtsbezirken, weil in diesen Ländern der Konjunkturaufschwung etwas deutlicher als in anderen Ländern ausfallen dürfte. Damit ergibt sich für die drei erstgenannten Länder eine gewisse Betonung ihrer Spitzenposition am Arbeitsmarkt, während Nordbayern lediglich einen besonders tiefen Einbruch teilweise wieder einholt.

Die Landesarbeitsamtsbezirke Niedersachsen/Bremen und Rheinland-Pfalz/Saarland werden auch 1977 eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote aufweisen. Das Land Bremen dürfte weiterhin mit der zweithöchsten Arbeitslosenquote belastet sein; es ist kaum anzunehmen, daß Bremen die starke Positionsverschlechterung aus dem Jahr 1976, als die Arbeitslosigkeit dort stark überdurchschnittlich stieg, 1977 wieder rückgängig machen

kann. Die Entwicklung in Rheinland-Pfalz, die sich dem Bundesdurchschnitt annähert, wird für den Landesarbeitsamtsbezirk durch die nach wie vor ungünstige Situation im Saarland kompensiert, das die höchste Arbeitslosenquote überhaupt aufweisen wird.

Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen wird 1977, wie schon in den vergangenen Jahren, voraussichtlich knapp über der Arbeitslosenquote des Bundesgebiets liegen.

In Berlin (West) schließlich dürfte das unterdurchschnittliche Niveau der Arbeitslosigkeit fortbestehen. Allerdings ist auch nur mit einer unterdurchschnittlichen

⁵⁰⁾ Vgl. DIW-Wochenbericht 47/76, a. a. O.

Abnahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Diese Annahme wird durch skeptische Beurteilungen der kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklung Berlins gestützt⁵⁰⁾.

Bei der Betrachtung der *Ausländerarbeitslosigkeit* ist davon auszugehen, daß sich deren regionale Entwicklung tendenziell der Bundesentwicklung annähert. Dies ist auf die regionale Mobilität von Ausländern zurückzuführen, die zu einem leichteren Arbeitsmarktausgleich führt. Daneben dürfte die Ausländerarbeitslosigkeit besonders in den Ländern zurückgehen, in denen aufgrund der zu erwartenden Auftriebstendenzen im Verarbeitenden Gewerbe und gleichzeitig starker Besetzung dieses Wirtschaftsbereichs auch am ehesten mit einer Abnahme der Gesamtarbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Tabellenanhang

Tabelle 1:

Wohnbevölkerung, Potientalerwerbsquoten und Erwerbspersonenpotential nach Geschlecht 1963 bis 1977 (Inländerkonzept) — Deutsche und Ausländer — in Tausend*) —

Jahr	Erwerbsmarkmale	Deutsche und Ausländer			Deutsche			Ausländer ²⁾		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1963	Wohnbevölkerung	27 102	30 287	57 389	26 334	29 910	56 244	768	377	1 145
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 571	24 086	44 657	19 903	23 801	43 704	668	285	953
	Erwerbsquoten	82,81	41,08	60,30	82,59	40,89	59,88	89,52	57,19	79,85
Erwerbspotential	17 035	9 895	26 930	16 437	9 732	26 169	598	163	761	
1964	Wohnbevölkerung	27 411	30 560	57 971	26 511	30 124	56 635	900	436	1 336
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 749	24 232	44 981	19 973	23 902	43 875	776	330	1 106
	Erwerbsquoten	82,33	40,60	59,85	82,09	40,31	59,33	88,53	61,82	80,56
Erwerbspotential	17 083	9 839	26 922	16 396	9 635	26 031	687	204	891	
1965	Wohnbevölkerung	27 787	30 832	58 619	26 682	30 302	56 984	1 105	530	1 635
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 995	24 384	45 378	20 048	23 982	44 030	947	402	1 348
	Erwerbsquoten	81,88	40,37	59,58	81,54	39,95	58,89	89,02	65,17	81,97
Erwerbspotential	17 190	9 844	27 034	16 347	9 582	25 929	843	262	1 105	
1966	Wohnbevölkerung	28 062	31 086	59 148	26 844	30 473	57 317	1 218	613	1 831
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 139	24 516	45 655	20 103	24 051	44 154	1 036	465	1 501
	Erwerbsquoten	81,45	39,92	59,15	81,10	39,37	58,37	88,22	68,82	82,21
Erwerbspotential	17 217	9 788	27 005	16 303	9 468	25 771	914	320	1 234	
1967	Wohnbevölkerung	28 047	31 239	59 286	27 067	30 644	57 711	980	595	1 575
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 034	24 565	45 600	20 207	24 113	44 320	827	452	1 280
	Erwerbsquoten	80,69	39,49	58,49	80,36	38,97	57,85	88,75	66,81	80,94
Erwerbspotential	16 973	9 700	26 673	16 239	9 398	25 637	734	302	1 036	
1968	Wohnbevölkerung	28 131	31 369	59 500	27 151	30 773	57 924	980	596	1 576
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 029	24 611	45 640	20 213	24 163	44 376	816	448	1 264
	Erwerbsquoten	79,98	39,05	57,91	79,62	38,50	57,23	88,73	68,75	81,65
Erwerbspotential	16 818	9 611	26 429	16 094	9 303	25 397	724	308	1 032	
1969	Wohnbevölkerung	28 479	31 589	60 068	27 259	30 857	58 116	1 220	732	1 952
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 296	24 759	46 056	20 274	24 197	44 471	1 022	562	1 584
	Erwerbsquoten	79,63	38,68	57,61	78,88	37,90	56,58	94,42	72,42	86,62
Erwerbspotential	16 958	9 577	26 535	15 993	9 170	25 163	965	407	1 372	
1970	Wohnbevölkerung	28 867	31 784	60 651	27 341	30 871	58 212	1 526	913	2 439
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 660	24 932	46 593	20 361	24 234	44 595	1 299	698	1 998
	Erwerbsquoten	79,31	38,66	57,56	78,10	37,59	56,08	98,38	75,79	90,44
Erwerbspotential	17 179	9 638	26 817	15 901	9 109	25 010	1 278	529	1 807	
1971	Wohnbevölkerung	29 265	32 037	61 302	27 433	30 907	58 339	1 832	1 131	2 963
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 024	25 163	47 187	20 491	24 312	44 803	1 533	851	2 384
	Erwerbsquoten	78,36	38,72	57,22	76,83	37,55	55,51	98,76	72,15	89,26
Erwerbspotential	17 257	9 743	27 000	15 743	9 129	24 872	1 514	614	2 128	
1972	Wohnbevölkerung	29 468	32 204	61 672	27 412	30 889	58 301	2 056	1 315	3 371
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 267	25 363	47 630	20 575	24 386	44 960	1 692	977	2 670
	Erwerbsquoten	77,34	38,73	56,78	75,90	37,51	55,08	94,86	69,29	85,47
Erwerbspotential	17 221	9 824	27 045	15 616	9 147	24 763	1 605	677	2 282	
1973	Wohnbevölkerung	29 646	32 330	61 976	27 374	30 829	58 203	2 272	1 501	3 773
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 532	25 572	48 105	20 687	24 467	45 154	1 845	1 106	2 951
	Erwerbsquoten	76,19	38,98	56,41	74,60	37,63	54,57	94,15	68,71	84,62
Erwerbspotential	17 169	9 967	27 136	15 432	9 207	24 639	1 737	760	2 497	
1974	Wohnbevölkerung	29 669	32 385	62 054	27 291	30 742	58 033	2 377	1 644	4 021
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre ¹⁾	22 685	25 746	48 431	20 797	24 554	45 351	1 888	1 192	3 080
	Erwerbsquoten	74,80	38,97	55,76	73,51	37,63	54,08	89,04	66,61	80,36
Erwerbspotential	16 969	10 034	27 003	15 288	9 240	24 528	1 681	794	2 475	
1975	Wohnbevölkerung	29 499	32 330	61 829	27 206	30 643	57 849	2 293	1 687	3 980
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre ¹⁾	22 713	25 859	48 572	20 924	24 653	45 577	1 789	1 206	2 995
	Erwerbsquoten ¹⁾	73,95	38,98	55,33	72,77	37,68	53,79	87,81	65,59	78,86
Erwerbspotential ¹⁾	16 797	10 080	26 877	15 226	9 289	24 515	1 571	791	2 362	
1976 ²⁾	Wohnbevölkerung	29 300	32 208	61 508	27 130	30 542	57 672	2 170	1 666	3 836
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 733	25 938	48 671	21 072	24 764	45 836	1 661	1 174	2 835
	Erwerbsquoten	73,27	38,96	54,98	72,15	37,79	53,58	87,48	63,63	77,60
Erwerbspotential	16 656	10 105	26 761	15 203	9 358	24 561	1 453	747	2 200	
1977 ²⁾	Wohnbevölkerung	29 129	32 074	61 203	27 024	30 434	57 458	2 105	1 640	3 745
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 785	26 025	48 810	21 205	24 881	46 086	1 580	1 144	2 724
	Erwerbsquoten	72,69	38,90	54,68	71,63	37,82	53,38	86,84	62,50	76,62
Erwerbspotential	16 562	10 125	26 687	15 190	9 410	24 600	1 372	715	2 087	

*) Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen. Bezugsbasis für die Erwerbsquoten: Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren.

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung; Deutsche Wohnbevölkerung aus der Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes (BVB 05, Basis 1. 1. 75) mit Wanderungsmodell (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1976)

³⁾ Erwerbstätige und arbeitslose Ausländer ohne Einpendler (einschl. Selbständige und Mithelfende) sowie ausländische Wohnbevölkerung, Neuberechnet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970 und der neuen Bevölkerungszahlen für Deutsche und Ausländer von 1970 bis 1974 (jeweils 31. 12.). Bis zum Jahre 1973 entsprachen die Potientalerwerbsquoten den effektiven Erwerbsquoten. Ab 1974 liegen auch die hier ausgewiesenen Potientalerwerbsquoten über den effektiven Erwerbsquoten (Bildung einer „Stillen Reserve“)

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

Tabelle 2:
Absolute Veränderungen der Erwerbsquoten von Deutschen gegenüber dem Vorjahr 1963 bis 1977 (Inländerkonzept)
— in %/o-Punkten —

Jahr	Potential- erwerbsquoten ²⁾	Komponenten der Potentialerwerbsquotenänderung			Effektive Erwerbs- quoten ⁷⁾	Konjunkturelle Abweichung (Spalte 6 minus Spalte 2)
		Demographisch	Trend, institutionell	Sondereinflüsse		
1	2	3	4	5	6	7
1963	— 0,26	— 0,21	— 0,05	—	— 0,26	—
1964	— 0,55	— 0,27	— 0,28	—	— 0,55	—
1965	— 0,44	— 0,33	— 0,11	—	— 0,44	—
1966	— 0,52	— 0,33	— 0,11	— 0,08 ⁴⁾	— 0,62	— 0,10
1967	— 0,52	— 0,24	— 0,15	— 0,13 ⁴⁾	— 1,02	— 0,50
1968	— 0,62	— 0,24	— 0,32	— 0,06 ⁴⁾	— 0,33	+ 0,29
1969	— 0,65	— 0,18	— 0,36	— 0,11 ⁵⁾	— 0,34	+ 0,31
1970	— 0,50	— 0,11	— 0,39	—	— 0,50	—
1971	— 0,57	— 0,11	— 0,46	—	— 0,77	— 0,20
1972	— 0,43	— 0,11	— 0,32	—	— 0,55	— 0,12
1973	— 0,51	— 0,06	— 0,27	— 0,18 ⁶⁾	— 0,53	— 0,02
1974	— 0,49	— 0,05	— 0,26	— 0,18 ⁶⁾	— 0,50	— 0,01
1975 ⁴⁾	— 0,29	— 0,02	— 0,27	—	— 0,56	— 0,27
1976 ⁸⁾	— 0,21	+ 0,03	— 0,24	—	— 0,53	— 0,32
1977 ²⁾	— 0,20	+ 0,07	— 0,27	—	— 0,10	+ 0,10

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

³⁾ Aus Tabelle 1, Spalte 8

⁴⁾ Einfluß der Frühverrentung und des Ausscheidens von Rentnern aus dem Erwerbsleben (geschätzt)

⁵⁾ Einführung des 9. Schuljahres in Bayern

⁶⁾ Vermutliche Entzugswirkung der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze (geschätzt)

⁷⁾ Deutsche Erwerbspersonen, bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren aus Tabelle 1

Tabelle 3:
Wohnbevölkerung und Erwerbstätige (Beschäftigungsortskonzept) nach Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1970, 1975 bis 1977 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	Wohnbevölkerung ¹⁾ (in Tausend)				Erwerbstätige ²⁾ (in Tausend)			
	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	2 494.1	2 583.8	2 580.3	.	919.1	895.7	887.0	893.8
Hamburg	1 793.8	1 726.4	1 710.5	.	962.1	910.9	898.2	903.3
Schleswig-Holstein/Hamburg	4 287.9	4 310.2	4 290.8	.	1 881.2	1 806.6	1 785.2	1 797.1
Niedersachsen	7 082.2	7 252.4	7 225.3	.	2 947.1	2 754.0	2 725.9	2 738.3
Bremen	722.7	721.0	714.1	.	370.6	364.4	359.0	361.5
Niedersachsen/Bremen	7 804.9	7 973.4	7 939.5	.	3 317.7	3 118.4	3 084.9	3 099.8
Nordrhein-Westfalen	16 914.1	17 175.8	17 090.0	.	7 001.4	6 649.6	6 576.4	6 622.2
Hessen	5 381.7	5 563.7	5 539.4	.	2 442.6	2 325.3	2 305.4	2 321.7
Rheinland-Pfalz	3 645.4	3 678.0	3 656.7	.	1 457.8	1 366.0	1 351.1	1 358.9
Saarland	1 119.7	1 099.9	1 093.0	.	441.5	425.1	419.9	422.2
Rheinland-Pfalz/Saarland	4 765.2	4 777.9	4 749.6	.	1 899.3	1 791.1	1 771.0	1 781.1
Baden-Württemberg	8 895.0	9 194.2	9 133.3	.	4 261.7	4 142.1	4 102.1	4 137.7
Nordbayern	4 825.8	.	.	.	2 148.9	.	.	.
Südbayern	5 653.6	.	.	.	2 674.8	.	.	.
Bayern	10 479.4	10 829.9	10 792.8	.	4 823.7	4 602.1	4 559.9	4 592.7
Berlin (West)	2 122.3	2 004.3	1 972.6	.	954.4	867.9	855.1	857.7
Bundesrepublik Deutschland	60 650.6	61 829.4	61 508.0	61 203.0	26 582.0	25 303.0	25 040.0	25 210.0

Relativzahlen

Schleswig-Holstein	4.1	4.2	4.2	.	3.5	3.5	3.5	3.6
Hamburg	3.0	2.8	2.8	.	3.6	3.6	3.6	3.6
Schleswig-Holstein/Hamburg	7.1	7.0	7.0	.	7.1	7.1	7.1	7.1
Niedersachsen	11.7	11.7	11.8	.	11.1	10.9	10.9	10.9
Bremen	1.2	1.2	1.2	.	1.4	1.4	1.4	1.4
Niedersachsen/Bremen	12.9	12.9	12.9	.	12.5	12.3	12.3	12.3
Nordrhein-Westfalen	27.9	27.8	27.8	.	26.3	26.3	26.3	26.3
Hessen	8.9	9.0	9.0	.	9.2	9.2	9.2	9.2
Rheinland-Pfalz	6.0	6.0	6.0	.	5.5	5.4	5.4	5.4
Saarland	1.9	1.8	1.8	.	1.7	1.7	1.7	1.7
Rheinland-Pfalz/Saarland	7.9	7.7	7.7	.	7.2	7.1	7.1	7.1
Baden-Württemberg	14.7	14.9	14.9	.	16.0	16.4	16.4	16.4
Nordbayern	8.0	.	.	.	8.1	.	.	.
Südbayern	9.3	.	.	.	10.1	.	.	.
Bayern	17.3	17.5	17.6	.	18.1	18.2	18.2	18.2
Berlin (West)	3.5	3.2	3.2	.	3.6	3.4	3.4	3.4
Bundesrepublik Deutschland	100	100	100	.	100	100	100	100

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

Schleswig-Holstein	-2.0	±0.0	-0.1	.	+0.7	.	-1.0	+0.8
Hamburg	-1.4	-1.0	-0.9	.	+0.7	.	-1.4	+0.6
Schleswig-Holstein/Hamburg	-1.8	-0.4	-0.5	.	+0.7	.	-1.2	+0.7
Niedersachsen	+0.2	-0.2	-0.4	.	+0.9	.	-1.0	+0.5
Bremen	-4.3	-0.8	-1.0	.	+1.1	.	-1.5	+0.7
Niedersachsen/Bremen	-0.3	-0.2	-0.4	.	+0.9	.	-1.1	+0.5
Nordrhein-Westfalen	-0.8	-0.3	-0.5	.	+1.2	.	-1.1	+0.7
Hessen	±0.0	-0.3	-0.4	.	+1.7	.	-0.9	+0.7
Rheinland-Pfalz	-0.4	-0.5	-0.6	.	+0.7	.	-1.1	+0.6
Saarland	-0.8	-0.7	-0.6	.	+2.2	.	-1.2	+0.5
Rheinland-Pfalz/Saarland	-0.5	-0.5	-0.6	.	+1.0	.	-1.1	+0.6
Baden-Württemberg	+0.9	-0.5	-0.7	.	+2.0	.	-1.0	+0.9
Nordbayern	+0.4	.	.	.
Südbayern	+1.5	.	.	.
Bayern	-0.1	-0.2	-0.3	.	+1.1	.	-0.9	+0.7
Berlin (West)	-0.7	-1.5	-1.6	.	+0.6	.	-1.5	+0.3
Bundesrepublik Deutschland	-0.3	-0.4	-0.5	-0.5	+1.3	-3.3	-1.0	+0.7

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt (1970, 1975 und 1. Halbjahr 1976); Jahresdurchschnitt 1976 geschätzt

²⁾ Quelle: BeitrAB 3.2 (1970); eigene Berechnungen (1975—1977)

Tabelle 4:
Arbeitnehmer (Beschäftigungsortskonzept) nach Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1970, 1975 bis 1977 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	Arbeitnehmer ¹⁾ (in Tausend)											
	Insgesamt				Deutsche				Ausländer			
	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	745.5	730.3	725.1	734.7	722.0	698.6	695.5	706.2	23.5	31.7	29.6	28.5
Hamburg	863.7	819.7	810.1	817.4	817.2	757.5	751.1	760.5	46.5	62.2	59.0	56.9
Schleswig-Holstein/Hamburg	1 809.2	1 550.0	1 535.2	1 552.1	1 539.2	1 456.1	1 446.6	1 466.7	70.0	93.9	88.6	85.4
Niedersachsen	2 364.5	2 223.4	2 209.2	2 232.2	2 260.5	2 105.1	2 101.1	2 128.0	104.0	118.3	108.1	104.2
Bremen	338.3	334.9	330.5	334.4	326.5	312.2	310.0	314.6	11.8	22.7	20.5	19.8
Niedersachsen/Bremen	2 702.8	2 558.3	2 539.7	2 566.6	2 587.0	2 417.3	2 411.1	2 442.6	115.8	141.0	128.6	124.0
Nordrhein-Westfalen	6 163.3	5 928.1	5 884.4	5 956.1	5 647.9	5 334.1	5 325.1	5 417.0	513.4	594.0	559.3	539.1
Hessen	2 060.4	1 988.1	1 976.6	2 000.8	1 849.9	1 758.5	1 757.9	1 790.0	210.5	229.6	218.7	210.8
Rheinland-Pfalz	1 141.5	1 098.0	1 091.3	1 103.3	1 084.3	1 028.3	1 026.5	1 040.9	57.2	69.7	64.8	62.4
Saarland	389.7	376.4	372.4	375.7	368.9	350.0	348.4	352.6	20.8	26.4	24.0	23.1
Rheinland-Pfalz/Saarland	1 531.2	1 474.4	1 463.7	1 479.0	1 453.2	1 378.3	1 374.9	1 393.5	78.0	96.1	88.8	85.5
Baden-Württemberg	3 543.3	3 487.4	3 461.1	3 512.7	3 065.1	2 988.6	2 993.5	3 062.0	478.2	498.8	467.6	450.7
Nordbayern	1 651.7	1 595.5	1 584.9	1 605.4	1 562.0	1 492.4	1 490.3	1 514.2	89.7	103.1	94.6	91.2
Südbayern	2 028.9	1 992.4	1 980.6	2 006.4	1 833.7	1 773.9	1 774.6	1 807.9	195.2	218.5	206.0	198.5
Bayern	3 680.6	3 587.9	3 565.5	3 611.8	3 395.7	3 266.3	3 264.9	3 322.1	284.9	321.6	300.6	289.7
Berlin (West)	871.2	798.9	788.9	792.9	815.3	712.5	707.3	714.2	55.9	86.4	81.6	78.7
Bundesrepublik Deutschland	22 160.0	21 373.0	21 215.0	21 472.0	20 353.2	19 312.0	19 281.0	19 608.0	1 806.8	2 061.0	1 934.0	1 864.0

	Relativzahlen											
	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	3.4	3.4	3.4	3.4	3.5	3.6	3.6	3.6	1.3	1.5	1.5	1.5
Hamburg	3.9	3.8	3.8	3.8	4.0	3.9	3.9	3.9	2.6	3.0	3.1	3.1
Schleswig-Holstein/Hamburg	7.3	7.3	7.2	7.3	7.6	7.5	7.5	7.5	3.9	4.6	4.6	4.6
Niedersachsen	10.7	10.4	10.4	10.4	11.1	10.9	10.9	10.9	5.8	5.7	5.6	5.6
Bremen	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	0.7	1.1	1.1	1.1
Niedersachsen/Bremen	12.2	12.0	12.0	12.0	12.7	12.5	12.5	12.5	6.4	6.8	6.7	6.7
Nordrhein-Westfalen	27.8	27.7	27.7	27.7	27.7	27.6	27.6	27.6	28.4	28.8	28.9	28.9
Hessen	9.3	9.3	9.3	9.3	9.1	9.1	9.1	9.1	11.7	11.1	11.3	11.3
Rheinland-Pfalz	5.2	5.1	5.1	5.1	5.3	5.3	5.3	5.3	3.2	3.4	3.4	3.4
Saarland	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.1	1.3	1.2	1.2
Rheinland-Pfalz/Saarland	6.9	6.9	6.9	6.9	7.1	7.1	7.1	7.1	4.3	4.7	4.6	4.6
Baden-Württemberg	16.0	16.3	16.3	16.4	15.1	15.5	15.5	15.6	26.5	24.2	24.2	24.2
Nordbayern	7.5	7.5	7.5	7.5	7.7	7.7	7.7	7.7	5.0	5.0	4.9	4.9
Südbayern	9.2	9.3	9.3	9.3	9.0	9.2	9.2	9.2	10.8	10.6	10.7	10.7
Bayern	16.6	16.8	16.8	16.8	16.7	16.9	16.9	16.9	15.8	15.6	15.6	15.6
Berlin (West)	3.9	3.7	3.7	3.7	4.0	3.7	3.7	3.6	3.9	4.2	4.2	4.2
Bundesrepublik Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	+1.6	.	-0.7	+1.3	+1.0	.	-0.4	+1.5	+40.3	-11.2	-6.8	
Hamburg	+1.0	.	-1.2	+0.9	+0.2	.	-0.8	+1.3	+32.8	-9.0	-5.2	
Schleswig-Holstein/Hamburg	+1.3	.	-1.0	+1.1	+0.6	.	-0.7	+1.4	+35.2	-9.7	-5.7	
Niedersachsen	+2.2	.	-0.6	+1.0	+1.4	.	-0.2	+1.3	+40.3	-17.0	-8.5	
Bremen	+1.5	.	-1.3	+1.2	+0.7	.	-0.7	+1.5	+40.7	-18.4	-9.6	
Niedersachsen/Bremen	+2.1	.	-0.7	+1.1	+1.3	.	-0.3	+1.3	+40.3	-17.2	-8.8	
Nordrhein-Westfalen	+2.0	.	-0.7	+1.2	+0.6	.	-0.2	+1.7	+30.5	-11.2	-5.8	
Hessen	+2.9	.	-0.6	+1.2	+1.2	.	±0.0	+1.8	+30.8	-13.3	-4.7	
Rheinland-Pfalz	+2.7	.	-0.6	+1.1	+1.8	.	-0.2	+1.4	+35.5	-14.7	-7.0	
Saarland	+3.3	.	-1.1	+0.9	+2.8	.	-0.5	+1.2	+22.7	-13.3	-9.1	
Rheinland-Pfalz/Saarland	+2.8	.	-0.7	+1.0	+2.0	.	-0.3	+1.4	+31.8	-14.3	-7.6	
Baden-Württemberg	+3.4	.	-0.8	+1.5	+1.7	.	+0.2	+2.3	+27.3	-15.0	-6.2	
Nordbayern	+1.8	.	-0.7	+1.3	+0.8	.	-0.1	+1.8	+41.5	-17.3	-8.2	
Südbayern	+3.0	.	-0.6	+1.3	+1.4	.	±0.0	+1.8	+35.3	-14.2	-5.7	
Bayern	+2.5	.	-0.6	+1.3	+1.1	.	±0.0	+1.8	+37.2	-15.2	-6.5	
Berlin (West)	+1.1	.	-1.3	+0.5	-0.9	.	-0.7	+1.0	+61.9	-9.4	-5.5	
Bundesrepublik Deutschland	+2.4	-3.3	-0.7	+1.2	+0.4	-2.1	-0.2	+1.7	+32.3	-13.4	-6.2	-3.6

¹⁾ Quelle: BeitrAB 3.2 (1970); eigene Berechnungen aufgrund der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (Bundesanstalt für Arbeit) und des Mikrozensus

Tabelle 5:
Arbeitslose nach Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1970, 1975 bis 1977 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer Landesarbeitsamtsbezirke	Arbeitslose ¹⁾ (in Tausend)											
	Insgesamt				Deutsche				Ausländer			
	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	8.1	46.5	47.1	41.1	8.0	44.2	45.2	39.6	0.1	2.3	1.9	1.5
Hamburg	2.8	26.5	26.9	21.6	2.7	23.3	24.3	19.5	0.1	3.2	2.6	2.1
Schleswig-Holstein/Hamburg	10.9	72.9	74.0	62.7	10.7	67.5	69.4	59.1	0.2	5.4	4.6	3.6
Niedersachsen	24.3	140.0	138.4	120.7	23.9	127.2	129.4	113.7	0.4	12.8	9.0	7.0
Bremen	2.6	12.6	15.2	13.6	2.5	11.2	13.9	12.5	0.1	1.4	1.3	1.1
Niedersachsen/Bremen	26.9	152.6	153.6	134.4	26.4	138.4	143.3	126.3	0.5	14.2	10.3	8.1
Nordrhein-Westfalen	36.6	299.9	303.8	255.8	35.3	259.2	273.0	231.8	1.3	40.7	30.8	24.0
Hessen	10.8	94.5	90.6	72.7	10.2	77.1	79.3	64.4	0.6	17.4	11.3	8.3
Rheinland-Pfalz	9.6	66.5	62.5	51.9	9.4	60.1	58.1	48.6	0.2	6.4	4.4	3.3
Saarland	4.1	23.0	25.3	22.3	4.0	21.4	23.6	20.8	0.1	1.6	1.7	1.5
Rheinland-Pfalz/Saarland	13.6	89.6	87.8	74.2	13.3	81.5	81.7	69.4	0.3	8.1	6.1	4.8
Baden-Württemberg	8.1	128.1	119.3	88.8	7.2	95.2	98.3	74.0	0.9	32.9	21.0	14.8
Nordbayern	17.6	97.6	97.2	78.0	17.3	87.4	90.6	73.2	0.3	10.2	6.6	4.8
Südbayern	19.3	107.8	102.3	86.3	18.7	92.1	92.3	78.9	0.6	15.7	10.0	7.4
Bayern	36.9	205.4	199.5	164.3	36.0	179.5	182.9	152.1	0.9	25.9	16.6	12.2
Berlin (West)	5.0	31.2	31.3	27.1	4.8	24.2	26.0	22.9	0.2	7.0	5.3	4.2
Bundesrepublik Deutschland	148.8	1 074.2	1 060.0	880.0	143.8	922.7	954.0	800.0	5.0	151.5	106.0	80.0

	Relativzahlen											
	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	5.5	4.3	4.5	4.7	5.6	4.8	4.7	4.9	2.0	1.5	1.8	1.9
Hamburg	1.8	2.5	2.5	2.5	1.8	2.5	2.5	2.4	2.2	2.1	2.5	2.6
Schleswig-Holstein/Hamburg	7.3	6.8	7.0	7.1	7.4	7.3	7.3	7.4	4.1	3.6	4.3	4.5
Niedersachsen	16.0	13.0	13.1	13.7	16.2	13.8	13.6	14.2	8.8	8.5	8.5	8.8
Bremen	2.1	1.2	1.4	1.5	2.1	1.2	1.5	1.6	1.8	0.9	1.2	1.4
Niedersachsen/Bremen	18.1	14.2	14.5	15.3	18.3	15.0	15.0	15.8	10.6	9.4	9.7	10.1
Nordrhein-Westfalen	24.6	27.9	28.7	29.1	24.5	28.1	28.6	29.0	26.9	26.9	29.1	30.0
Hessen	7.2	8.8	8.6	8.3	7.1	8.4	8.3	8.0	12.2	11.4	10.7	10.4
Rheinland-Pfalz	6.4	6.2	5.9	5.9	6.5	6.5	6.1	6.1	3.8	4.2	4.2	4.1
Saarland	2.7	2.1	2.4	2.5	2.7	2.3	2.5	2.6	2.6	1.1	1.6	1.9
Rheinland-Pfalz/Saarland	9.2	8.3	8.3	8.4	9.2	8.8	8.6	8.7	6.4	5.3	5.8	6.0
Baden-Württemberg	5.4	11.9	11.3	10.1	5.0	10.3	10.3	9.3	18.1	21.7	19.8	18.6
Nordbayern	11.8	9.1	9.2	8.9	12.0	9.5	9.5	9.1	6.2	6.7	6.2	6.0
Südbayern	13.0	10.0	9.6	9.8	13.1	10.0	9.7	9.9	11.3	10.3	9.5	9.3
Bayern	24.8	19.1	18.8	18.7	25.1	19.5	19.2	19.0	17.5	17.1	15.6	15.3
Berlin (West)	3.4	2.9	3.0	3.1	3.4	2.6	2.7	2.9	4.2	4.6	5.0	5.2
Bundesrepublik Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977	1970	1975	1976	1977
Schleswig-Holstein	-17.5	+ 61.2	+ 1.3	-12.8	-17.8	+ 60.1	+ 2.1	-12.6	+ 19.3	+ 91.7	-15.4	-18.7
Hamburg	-19.9	+118.2	+ 1.8	-19.9	-21.0	+113.8	+ 4.1	-19.7	+ 18.7	+160.2	-15.6	-22.0
Schleswig-Holstein/Hamburg	-18.1	+ 78.1	+ 1.5	-15.4	-18.6	+ 74.9	+ 2.8	-15.1	+ 19.0	+126.4	-15.5	-20.6
Niedersachsen	-18.1	+ 76.2	- 1.1	-12.8	-18.6	+ 71.9	+ 1.7	-12.2	+ 24.5	+136.6	-29.3	-22.1
Bremen	-13.8	+ 66.6	+20.9	-10.4	-14.6	+ 62.3	+24.4	-10.0	+ 24.7	+107.1	- 8.1	-15.6
Niedersachsen/Bremen	-17.6	+ 75.4	+ 0.7	-12.6	-18.2	+ 71.3	+ 3.5	-12.0	+ 24.5	+128.9	-27.2	-21.3
Nordrhein-Westfalen	-26.6	+ 67.2	+ 1.3	-15.8	-27.8	+ 64.4	+ 5.3	-15.1	+ 37.3	+ 87.1	-24.1	-22.2
Hessen	- 7.2	+ 91.8	- 4.1	-19.8	- 9.7	+ 89.4	+ 2.7	-18.8	+ 71.6	+101.8	-34.4	-26.4
Rheinland-Pfalz	- 6.1	+ 89.8	- 6.0	-17.0	- 6.4	+ 86.1	- 3.4	-16.4	+ 13.9	+136.5	-30.7	-24.9
Saarland	-34.8	+ 61.5	+ 9.7	-11.8	-35.7	+ 60.9	+10.2	-11.9	+ 13.9	+ 68.7	+ 3.0	-11.1
Rheinland-Pfalz/Saarland	-17.0	+ 81.6	- 1.9	-15.5	-17.5	+ 78.7	+ 0.2	-15.1	+ 13.9	+118.3	-23.7	-21.0
Baden-Württemberg	+11.5	+148.0	- 6.9	-25.6	+ 4.2	+144.1	+ 3.2	-24.3	+147.9	+158.2	-36.1	-29.6
Nordbayern	-15.3	+109.0	- 0.4	-19.8	-16.0	+102.3	+ 3.6	-19.2	+ 57.9	+211.0	-35.5	-26.9
Südbayern	- 9.2	+ 77.6	- 5.1	-15.6	-10.1	+ 72.8	+ 0.1	-14.4	+ 35.7	+112.1	-36.0	-26.1
Bayern	-12.2	+ 91.7	- 2.9	-17.7	-13.0	+ 86.0	+ 1.8	-16.9	+ 42.8	+142.5	-35.8	-26.4
Berlin (West)	- 6.8	+ 76.6	+ 0.2	-13.4	- 8.8	+ 65.8	+ 7.5	-11.9	+ 85.0	+126.9	-24.8	-21.1
Bundesrepublik Deutschland	-16.8	+ 84.5	- 1.3	-17.0	-18.2	+ 79.9	+ 3.4	-16.1	+ 66.7	+118.8	-29.8	-24.5

¹⁾ Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (1970, 1975, 1976 ohne Dezember); eigene Berechnungen (Dezember 1976, 1977)